

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
29. Oktober 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zettlin (Zundel), Wilhelmshöhe,  
Post-Begeerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Schlufrechnung. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. IX. Von Anna Bloß. — Zur Frage des Geburtenrückgangs. I. Von Luise Eichhoff. II. Von Frida Wulff. III. Von Compère-Morel. — Die Ergebnisse der Krankenkassenvertreterwahlen. Von F. Kl. — Bei den Spielwarenmachern im sächsischen Erzgebirge. Von Elise Woldt. — Süß und ehrenvoll ist es, fürs Vaterland zu sterben. Von Kz. Aus der Bewegung: Eine Frauenkonferenz für den Bezirk Ober-Langensielau. — Bericht über die sozialdemokratische Frauenbewegung im 16. sächsischen Kreise. — Ferien Spaziergänge der Mainzer Kinder-Schutzkommission. — Politische Kundschau. Von a. th. — Gewerkschaftliche Kundschau. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von sk. — Aus der Holzarbeiterbewegung. Von sk. Notizen: Dienstofffrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauensimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

## Schlufrechnung.

Mit dem spürenden Sinne gerissener Geschäftsleute haben die besitzenden Klassen im Deutschen Reiche 1913 als Jubiläumsjahr ausgerufen. Sie haben nichts von allem gespart, was sie billig oder gar mit Profit verschwenden können — weder verlogene Begeisterung noch Händedrucke nach unten und Büdlinge nach oben, ja nicht einmal ihr Teuerstes: Geld —, um ihren Interessen nutzbar zu machen, daß vor hundert Jahren große Teile des deutschen Volkes sich erhoben, um im blutigen Kampfe Napoleons Herrschaft über das Vaterland zu zertrümmern. Der widerspruchsvolle Charakter der Befreiungskriege von 1813 hat das gut bürgerliche Schwindelgeschäft begünstigt. In ihnen waren Beweggründe und Handlungen durcheinander gewirrt, zum festen Knäuel zusammengeballt, die gewöhnlich sich miteinander vertragen wie Feuer und Wasser.

Die Befreiungskriege waren geboren aus der glühenden Vaterlands- und Freiheitsliebe breiter ausgebeuteter und geknechteter Massen, und von ihr wurden opferbereit und heldenhaft die siegreichen Schlachten geschlagen. Sie empfingen Feuer und Kraft von dem hochfliegenden Idealismus der geistigen Vorkämpfer des deutschen Bürgertums, die ihr Hoffen und Wollen an der gewaltigen Fruchtbarkeit der großen französischen Revolution genährt hatten. Aber in ihnen suchte auch das Junkertum die Wiederherstellung, ja Befestigung seiner alten Macht im feudalen Staate, die durch die Nachwirkungen eben dieser Revolution erschüttert worden war. Und schließlich waren die verbündeten Monarchen da, um an der großen Blut der Befreiungskriege die fette Suppe der Erweiterung ihrer Reiche und der Stärkung ihrer Herrschaft zu kochen. Die bürgerliche Geschichtsklitterung hat ihres Amtes gewaltet. Was die Tat des Volkes gewesen ist, das hat sie zum Verdienst der Fürsten umgefälscht. Welchen Lohn das Volk für seine Tat empfing, das hat sie verschwiegen oder fortzulügen versucht. Wie dürfte sie auch eingestehen, daß die Befreiungskriege zwar den fremden Eroberer und Despoten aus dem Vaterland vertrieben haben, aber es gleichzeitig ermöglichten, daß sich die einheimischen gekrönten und ungekrönten Tyrannen und Ausbeuter um so fester in den Sattel

schwangen, und daß die Krute des russischen Jaren dem geistigen und politischen Leben Deutschlands tiefe Wunden schlug?

Und nun, nach hundert Jahren wollen die besitzenden Klassen noch aus den vermorschten Gebeinen der Befreiungskämpfer Kapital herauspressen. Aus den Massengräbern der Schlachtfelder von 1813 haben sie die ungezählten Schatten derer beschworen, die in dem seligen Glauben gefallen sind, mit der Überwindung des genialen Korjen der Freiheit und dem Glück des Volkes eine breite Gasse gebrochen zu haben. Diese Stummen sollen bezeugen, daß das Deutsche Reich des Kapitalismus ihres Traumes Erfüllung und ihres Todes Lohn sei. Daß die Herren und Mugnießer dieser bürgerlichen Ordnung noch einer großen, selbstlosen Begeisterung und Hingabe an eine große heilige Idee fähig wären. Daß die Idee der Freiheit, der Unabhängigkeit des Vaterlandes zusammenzuschweißen vermöchte, was sich sozial nicht binden läßt: die ausgebeuteten Massen, die drauf und dran sind, sich kämpfend ihr Vaterland zu erschaffen, und die besitzende Minderheit, die auch das Vaterland als Beute mißhandelt. Die Toten als Kronzeugen der Lüge, eine niederträchtigere Leichenschändung läßt sich nicht denken! Je größer der Schwindel und das Verbrechen ist, um so lauter mußte das Lament der Jubiläumfeier tönen, um so bunter und glänzender mußte ihr Gepränge sein.

Das Schauspiel des Fürstentags zu Rehlheim mit seinen unfählich trivialen Toasten und Reden ging in Szene. Das riesige Ausstattungsstück der Enthüllung des Völkerschlachtdenkmal zu Leipzig wurde aufgeführt, es empfing die höchste Weihe durch die Anwesenheit von Kofalen. In Breslau die Jubiläumsausstellung, bei der die gutgesinnte Bedientenhaftigkeit es durchsehte, daß das politisch harmlose Festspiel Hauptmanns nicht weiter aufgeführt werden durfte. Der Kirchgang der Berliner Stadtväter, die um so brünstiger frömmelten, je ungläubiger sie im Herzen sind. Die Höhenfeuer, Umzüge, Festveranstaltungen usw. in Städten, deren Verwaltung sich nur widerwillig Aufwendungen für die Reform der Schulen oder die notdürftigste Hilfe für die Arbeitslosen abzwängen läßt. Und als höchster Ausdruck der bürgerlichen Jubiläumsvöllerei in Leipzig und Stuttgart das Verbot der Plakate, die zum Besuch der sozialdemokratischen Protestversammlungen gegen den „Kummel“ und die Geschichtsfälschung aufforderten. In Stuttgart gar noch die Verhaftung der Arbeitslosen, die Flugblätter mit dieser Aufforderung verbreiteten und für ihre Untat wie schwere Verbrecher behandelt wurden. Dazu die Flut von Veröffentlichungen aller Art, von Dramen und Romanen bis zum Alltagswischwaschi der bürgerlichen Presse.

Nun hat der gesinnungstüchtige Jubiläumsspektakel mit den Tagen von Leipzig seinen Höhepunkt hinter sich. Die bourgeoisen Emporkömmlinge durften sich einen Augenblick in dem höfischen Lichtkreis aller möglichen und unmöglichen Monarchen, Fürsten, Würdenträger in Staat und Heer sonnen. Die bürgerlichen Blätter — von den führenden Organen des Linksliberalismus bis zum konservativen Amtsblättchen — unterhalten sich und ihr Publikum mit der tiefsinnigen



Rätselfrage, was wohl das Schweigen des sonst so redefreudigen Kaisers in Leipzig bedeute? Die Geschäftsführer der bestehenden Klassen sind aber schon dabei, still nachzurechnen, ob das Anlagekapital des Jubiläumsunternehmens sich auch rentiert habe. Selbstverständlich sind zahlreiche einzelne auf ihre Kosten gekommen: Fahnenfahnenfabrikanten, Wirte, ordens- und titelsüchtige Musterpatrioten, die Dirnen nicht zu vergessen, deren Weizen bei großen öffentlichen Festen und Veranstaltungen stets blüht, wie die Geschichte der Konzile und der alten Reichstage zur Zeit der römischen Kaiser deutscher Nation bekräftigt. Doch wichtiger als all das ist den bestehenden Klassen ihr politisches Geschäft. Sie überschlagen seinen Profit.

Im Zeichen des Jubiläumsjahres hat die imperialistische Politik triumphierend die stärkste Heeresvermehrung unter Dach und Fach gebracht, mit der noch je das deutsche Volk geächtigt worden ist. Unermehlich ist der klingende Gewinn, der in der Folge den kapitalistischen Eliten in die Hände gleitet, die wie die ehrenwerte Patriotenfamilie Krupp an der Ausplünderung des Vaterlandes beteiligt sind. Noch bedeutsamer ist der Vorteil, den sich die bestehenden Klassen davon versprechen, daß die gepanzerten Häute des Imperialismus Wilde und Halbwilde unter die kapitalistische Fuchtel treiben und den auffälligen Bohnsflaven in der Heimat an die Kehle fahren. Das Trararabundie der Jubiläumsfeiern, so hofft man, hat den beschränkten Untertanenverstand großer Volkskreise gekräftigt und damit für monarchentreue Gesinnung gewirkt. Ein ersehntes Geschäft, das bei der liberalen Bourgeoisie seltsam anmuten könnte. Haben nicht ihre freiheitschwärmenden Vorfahren nach 1813 gesungen: „Fürsten zum Land hinaus“, haben sie nicht nach 1848 die berüchtigten „Ferschtenkiller“ gestellt?

Vergessen wir nicht, daß seither die bürgerliche Ordnung die feudale Gesellschaft abgelöst hat, wie die laufende Eisenbahn die humpelnde Postkutsche. Nun, da der Menschheit große Gegenstände durch das weltgeschichtliche Ringen zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutenden entschieden werden, will das weiland liberale Bürgertum der Fürstentrone so wenig entraten wie der Kirchen, Monarchen und Geistliche, religiöse Dogmen und halbabsolutistische Wundergläubigkeit sollen ihre Herrschaft schützen. Durch ihre Bekehrung zum „realpolitischen Vernunftmonarchismus“ hat es sich auch darin mit der Zunkerfippe zusammengefunden. Ein Körnchen echtes Gefühl ist somit der hündischen Byzantinerei beigemischt, die im Jubiläumsjahr wahnwitzige Orgien gefeiert hat, und durch ihr Beispiel die respektlosen Massen „erziehen“ sollte. Nirgends hat es denn auch an den bekannten „begeisterter Volkshäufen“ gefehlt — in anderen Zeiten von den oberen Zehntausend Pöbel und Kanaille benannt —, die tosend Hurra schrien, wenn Kronenträger, Betrepte oder auch nur Hofkutschen erschienen.

Schließlich schmeichelten sich die bestehenden Klassen, durch die Erinnerungsfeiern jene „vaterländische“ Gesinnungstüchtigkeit überhaupt gesteigert zu haben, die sich bei den Massen durch Ausbeutenlassen, Steuerzahlen und gottesgegebenes Schweigen bekundet. Die mordspatriotischen Posamentstöße und Trommelwirbel sollten den Hilfschrei der Arbeitslosen, die drohenden Rufe der Rechtsfordernden, die Sturmglocken des proletarischen Klassenkampfes übertönen. Und ist nicht auch diese Spekulation glänzend geglückt? In der Tat: das werklätige Volk muß sich der Teilnehmer und Gaffer schämen, die es dem reaktionären Klimbim gestellt hat. Arbeiterväter und Arbeitermütter müssen errötend die Augen niederschlagen, weil sie stumpfsinnig, feig oder berechnend ihre Kinder dabei als Statisten aufmarschieren ließen, weil sie nicht von ihnen die zusammenfabulierte Darstellung des geschichtlichen Geschehens vor hundert Jahren abwehrten.

So mögen sich die bestehenden Klassen schmunzelnd die Hände reiben. Das politische Geschäft des Jubiläumsjahres dünkt ihnen so vorteilhaft, daß sie bereits Zins und Zinseszinsen ihres angeblichen „Milliardenopfers“ nachzählen. Und doch

wird ihre Schlußrechnung nicht stimmen. Denn sie haben in ihrer Beutegier eine Biffer nicht in Ansatz gebracht, und diese Biffer ist letzten Endes für die ganze Rechnung entscheidend. Es ist die aufklärende, aufreizende Wirkung des Jubiläumsjahres mit seinen „Errungenschaften“ für die Ausbeutenden auf die proletarischen Massen, es ist der aus der Erkenntnis geborene Wille zur Tat, zum Kampfe für die Befreiung der Arbeit, die allein die Freiheit und Würde der Nationen verbürgt.

Gerade was die Dauer der kapitalistischen Ordnung verlängern und verewigen soll, wird ihre Überwindung durch das kämpfende Proletariat beschleunigen: der Imperialismus. Die letzte Wehrvorlage mit ihren unermehlichen Opfern an Gut und Blut für die Ausgebeuteten muß je länger je mehr deren Todfeindschaft stärken und reißig bewehren. Der Zauber der Jubiläumsmilliarde aus den Taschen der Reichen — Taschen, die die Habenichtse füllen — wird bald verslogen sein, und vor der Riesenlast der dauernden Aufwendungen für Rüstungswahnsinn und Völkermord erscheinen die Ergebnisse der neuen Besitzsteuern als armselige Groschen. Die für den Jubiläumsumrummel frisch polierte Legende von der vaterlandsbefreienden Rolle der Fürsten hat den Blick auf die nüchternen geschichtlichen Wahrheit gezwungen. Noch nie haben breite Massen wie im Jubiläumsjahr davon gehört, daß die deutschen Monarchen von Gottes Gnaden — der Knirps auf Preukens Königsthron darunter — wie Bediente vor dem fremden Eroberer „aus eigenem Recht“ gekrochen sind; daß sie wie Kuppler ihre Söhne und Töchter in die Ehebetten des Geschlechts der „Emporkömmlinge“ zu liefern begeherten; daß ein Friedrich Wilhelm III. geradezu mit Fußtritten, durch die Furcht vor der Revolution zum Kampfe wider Napoleon getrieben werden mußte; daß die Rheinbundfürsten „ihre Landesfinder“ unter den französischen Fahnen gegen ihre eigenen Volksgenossen zu kämpfen zwangen. Noch nie haben so viele Hunderttausende wie im Jubiläumsjahr diese Wahrheit vernommen, daß die deutschen Fürsten nach Napoleons Sturz nicht auf die Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes bedacht waren, sondern nur auf die Mehrung ihres Besitzes und ihrer Macht; nicht auf die Freiheit der Völker, vielmehr auf deren Unterwerfung und Knebelung durch die schwärzeste Reaktion.

Wo immer man die Geschichte der Befreiungskämpfe aufschlägt, es sind Blätter beispielloser Schande für die Monarchie. Das erkünstelte Hurra, Hurra, Hurra für den Halbabsolutismus, das bei den Jubiläumsfestlichkeiten unter Feuerwerk und Becherklang erscholl, kann sich nicht auf ewig gegen den Ruf der proletarischen Massen behaupten: Hoch die Republik! Das Rasseln der Ausbeutenden und Herrschenden mit dem Schwert gegen den äußeren Feind vermag nicht die gewaltige Stimme der geschichtlichen Notwendigkeit zu über-täuben, die die Ausgebeuteten und Beherrschten zum Kampfe um Sein oder Nichtsein mit ihrem inneren Feind ruft. Sich dafür den Sinn nicht trüben zu lassen, das ist die Pflicht der „vaterlandslosen Gefellen“, denen Deutschlands Ehre und Freiheit kein Geschäft und kein leerer Wahn ist.

Die Toten reiten schnell, zumal die geschichtlich Toten, die der Kapitalismus auf seinem Rücken trägt. Vor fünfzig Jahren konnte der Geschichtsschreiber Heinrich v. Treischke aus dem Unmut unerfüllter bürgerlicher Ideale heraus noch Worte der Wahrheit über die Befreiungskriege finden. Heute, im Zeitalter des entfesselten Kapitalismus, sind die Erinnerungsfeiern des großen Ereignisses ein wüster Segensabath der Geschichtsfälschung geworden, die historische Wahrheit hat sich unter die Speere des kämpfenden Proletariats flüchten müssen. Es wird nicht hundert Jahre anstehen, daß die Worte Wirklichkeit geworden haben, die die Toten von 1813 wie die von 1848 prophetisch den Lebenden zurufen:

Zu viel des Hohns, zu viel der Schmach wird täglich euch geboten:  
Euch muß der Grimm geblieben sein — o, glaubt es uns, den Toten!  
Er blieb euch! ja, und er erwacht er wird und muß erwachen!  
Die halbe Revolution zur ganzen wird er machen!



## Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Bloß.

IX.

Die Frau in der Schulbehörde. — Hilfschule.  
Vorschule.

Bisher mußten alle Kinder, die die Volksschule besuchten, die vorgeschriebenen sieben oder acht Schuljahre absolvieren, einerlei, ob sie mit der beendigten Schulzeit die vorgestekten Ziele erreicht hatten oder nicht. Natürlich sind die Kinder von sehr verschiedenartiger Begabung: „Ob klug oder beschränkt, schnell oder langsam, phantasievoll oder nüchtern, intellektuell oder praktisch, jeder Schüler muß mit den übrigen in derselben Zeit dasselbe Quantum Wissen aufnehmen, dasselbe Pensum abhaken, dieselben Aufgaben lösen und dasselbe Ziel erreichen,“ so schreibt Kühle treffend in seinem Buche „Das proletarische Kind“. Die überfüllten Klassen, in denen in manchen Orten hundert und mehr Kinder unterrichtet werden, machen es dem Lehrer ganz unmöglich, sich des einzelnen anzunehmen. Er muß die begabten Schüler zurückhalten und die schwachbegabten mit fortschleppen. Es bleibt ihm keine Zeit, sich mit den einen oder anderen besonders zu beschäftigen. Die schwachbegabten Schüler bilden einen Hemmschuh für die ganze Klasse. Sie sind infolge ihrer schwachen Fassungskraft ein Gegenstand des Spottes. Ihr Geisteszustand ist nicht so anormal, daß sie als blöd bezeichnet werden können, darum müssen sie die Volksschule besuchen, und sie werden entlassen, wenn sie über das schulpflichtige Alter hinaus sind, ohne Rücksicht darauf, ob es dem Lehrer gelungen ist, ihnen die allereinfachsten Begriffe der Schulweisheit beizubringen.

Gerade solche Kinder werden oft boshaft und rachsüchtig durch das Gefühl, von der Natur vernachlässigt zu sein, durch den Spott der Mitschüler, durch vieles Schelten, oft auch durch Prügel von seiten des Lehrers. Sie versäumen den Schulunterricht immer wieder, weil sie sich fürchten, oder sie spielen dem Lehrer und den Mitschülern allerhand Possen. Wurde man sich gar nicht mehr mit solchen Schülern zu helfen, so blieb nur ein Ausweg, nämlich die Fürsorgeerziehung. Damit ein Kind in die Fürsorgeerziehung kommt, ist ja durchaus nicht immer Voraussetzung, daß es eine strafbare Handlung begangen hat. Die Statistik über die geistige Beschaffenheit der Fürsorgezöglinge in Preußen 1909 stellt fest, daß 11,9 Prozent davon geistig nicht normal waren. 41 Prozent — im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1909 sogar 48 Prozent — hatten die Schule nur sehr unregelmäßig besucht, 12,5 Prozent konnten trotz Schulbesuchs weder lesen noch schreiben. Es ist hier nicht der Ort, näher auf die Gründe dieser geistigen Anormalität einzugehen, die in erblicher Belastung oder auch in schlechten häuslichen Verhältnissen liegen. Fast alle Eltern von Fürsorgezöglingen haben ein Einkommen, das weniger als 900 Mk. beträgt. Ein hoher Prozentsatz dieser Kinder ist unehelich geboren. Auch die großen Schäden fast aller Fürsorgeerziehung kann ich hier nicht erörtern. Ich will nur feststellen, daß die meisten Fürsorgezöglinge die Volksschule ganz oder teilweise besuchten, bis sich die vollständige Unmöglichkeit erwies, sie bei den übrigen Kindern zu belassen.

Eine Reihe von Pädagogen und Kinderfreunden hat jetzt erkannt, daß es andere und bessere Mittel gibt, um auf schwachbegabte Kinder einzuwirken, als sie der Fürsorgeerziehung zu überweisen. Aus dieser Erkenntnis werden die Hilfschulen ins Leben gerufen, wie wir sie jetzt in einzelnen Städten haben. Ihre Wirkung hat sich als so erfolgreich gezeigt, daß sie hoffentlich bald überall eingeführt werden. Stellt sich dort, wo eine Hilfschule besteht, die Unmöglichkeit für den Lehrer heraus, ein schwachbegabtes Kind zu fördern und es mit den übrigen Schülern auf eine Stufe zu bringen, so kommt es zu dem Schularzt. Unterernährung, Verwahrlosung, traurige häusliche Verhältnisse sind nicht nur der Grund, daß ein Kind körperlich zurückbleibt. Auch der

Geist leidet darunter. Aufgabe der Hilfschule ist es vor allem, dem entgegenzuwirken. Was wir von der Volksschule verlangen, daß sie für die Ernährung, für die Reinlichkeit, für helle sonnige Räume, für Gelegenheit zum Aufenthalt im Freien sorgt: das ist zum größten Teil in den Hilfschulen verwirklicht. Sie werden soviel als tunlich an die Grenzen der Städte gelegt, in Gärten oder nahe einem Walde und in gesunden Räumlichkeiten untergebracht. Hauptbedingung sind ganz kleine Klassen, so daß die Lehrkräfte sich ausgiebig mit jedem einzelnen Kinde beschäftigen können. Die Kinder, die in den Hilfschulen Frühstück, Mittagessen und Vesper erhalten können, wo es not tut, haben reichlich Gelegenheit und stehen ständig unter der Aufsicht des Schularztes, dessen Anordnungen die Schulschwester ausführen.

Die Lehrkräfte für die Hilfschulen werden in besonderen Kursen ausgebildet. Hier macht man sie mit dem Seelenleben der Kinder vertraut wie auch mit besonderen Unterrichtsmethoden für schwachbegabte Zöglinge. Ein Hauptaugenmerk wird auf die Ausbildung der Handfertigkeit gelegt. Der Spieltrieb des Kindes, den der Schulunterricht methodisch unterdrückt, wird hier dem Unterricht zugrunde gelegt. Da alle geistige Entwicklung von den Trieben ausgeht und alle Triebe mit Bewegung verbunden sind, so entspricht der Handarbeitsunterricht am besten dem Bewegungs- und Tätigkeitstrieb der Kinder. Schon der englische Nationalökonom Adam Smith sagte, daß des Menschen Geist sich an feiner Arbeit bildet. Er sprach damit eine Wahrheit aus, die durch die ganze Kulturgeschichte erhärtet wird. Es entspricht nun dieser Erkenntnis, daß man durch den Handarbeitsunterricht auf den schwachen unentwickelten Geist der Hilfschulkinder einwirken will. Die Kinder werden vor jeder Überbürdung behütet. Sie dürfen nicht lange stillsitzen. Der Aufenthalt im Klassenzimmer wird häufig unterbrochen durch turnerische Übungen, durch Spiele im Freien, durch Spaziergänge. Die Kinder sind in der Hilfschule vor der Strenge der Lehrer wie vor dem Spotte überlegener Mitschüler geschützt. Und ganz allmählich bringt man ihnen die Grundbegriffe von dem bei, was in der Volksschule gelehrt wird. Es ist aber erstaunlich, zu beobachten, wie die Kinder bei dieser Art Erziehung allmählich Vertrauen zu sich selbst gewinnen, wie ihr Geist aufwacht, je mehr sich ihr Körper stählt, und wie stolz sie auf die kleinen Kunstwerke sind, die von ihren Händen hergestellt werden. Es kommt häufig vor, daß die Kinder aus der Hilfschule in die allgemeine Volksschule übertreten und deren Gang folgen können. Wer die ganze Hilfschule durchmacht, steht im allgemeinen nicht hinter den Leistungen zurück, die in der Volksschule erreicht werden.

Die Hilfschule kommt dem Ideal der Arbeitsschule, wie es uns vorschwebt, und auf das ich später zurückkomme, am nächsten. Freilich erfordert sie große Mittel, die die Gemeinden nicht immer bewilligen. Häufig ist auch das Vorurteil der Eltern zu bekämpfen, die es als eine Schande empfinden, daß ihr Kind als geistig minderwertig nicht die allgemeine Volksschule besuchen soll. Dem muß man entgentreten und die Eltern über die Vorteile der Hilfschule aufklären, die ja durchaus keine Anstalt für blöde, geistesranke Kinder ist.

In einzelnen Bundesstaaten, zum Beispiel Preußen und Württemberg, beabsichtigt man, die Vorschulen aufzuheben, die den Unterricht für eine höhere Schule vorbereiten, und an ihrer Stelle die gemeinsame Elementarschule für die Zöglinge aller Schulanstalten einzuführen. Bayern besitzt heute schon diese gemeinsame Elementarschule, und gewisse Kreise tun sich dort viel zugute, daß der Sohn des Ministers neben dem Sohne des Arbeiters auf der Schulbank sitzt. Die Einwendungen sind charakteristisch, die gegen die Aufhebung der Vorschule vorgebracht werden. Die Anhänger dieser Schulen weisen auf die „drohenden sittlichen Gefahren“ hin, die den Kindern aus besser situierten Kreisen angeblich durch die gemeinsame Beschulung mit Kindern aus ärmeren Volksklassen erwachsen, ferner auf die verschiedenartigen Anschauungen in den verschiedenen gesellschaftlichen



Schichten unseres Volkes. Eine Mischung und gemeinsame Beschulung der Kinder bedeutet nach diesen Leuten etwas Unnatürliches und Widersinniges, von der den einen nur Nachteile und den anderen keine Vorteile erwachsen! Als ob sittliche Verfehlungen an die gesellschaftliche Stellung gebunden wären, als ob die Kinder der Reichen immer Engel, die Kinder der Arbeiter immer lasterhafte Geschöpfe sein müßten. Die Söhne und Töchter der Reichen sind durchaus nicht immer besser erzogen als die Kinder der Armen. Sie sind aber häufig verwöhnt, anspruchsvoll, anmaßend, launisch, während das Leben die armen Kinder vielfach von klein auf in strenge Zucht nimmt.

Die Anhänger der allgemeinen Elementarschule wieder sind der Ansicht, daß ein gemeinsamer Schulbesuch in der Lage ist, das gegenseitige soziale Verständnis zu fördern und im Volk das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu wecken und zu pflegen. Die Kinder sollen dabei erkennen lernen, daß bei der Arbeit kein Ansehen der Person gilt, daß die Anerkennung erworben sein will durch Fleiß und Pflichttreue. Es soll ihnen klar werden, daß Begabung und Charakterhoheit nicht an Beruf und soziale Stellung gebunden sind. Staat und Gesellschaft, so erklären die Verfechter der einheitlichen Elementarschule, hätten das größte Interesse daran, keine Begabung verkümmern zu lassen und jedem Schulkind die Bildung mit ins Leben zu geben, die es sich vermöge seiner geistigen Fähigkeiten erwerben kann. Das alles ist gut und schön gedacht. Wenn nur die Wirklichkeit nicht so ganz anders wäre! Sie wird von der Klassenscheidung beherrscht, an der der gemeinsame Elementarunterricht gar nichts ändert. Wenn der Sohn des Ministers auf der Schulbank neben dem Arbeiterkind sitzt, so wird dieses sehr früh die Klüft gewahren, die arm und reich voneinander trennt. Sobald die Schulstunden vorüber sind, werden sich die Wege der Kinder scheiden. Auch wenn die Kinder Freundschaft schließen wollten, so würde der Sohn des Ministers dazu in den seltensten Fällen Erlaubnis erhalten. Sein Anzug, seine Lebenshaltung, seine Spielsachen werden den Gegensatz scharf zeigen und in dem armen Kinde Wünsche entstehen lassen, die seine Eltern nie befriedigen können, auch wenn das Kind des Arbeiters in seiner Klasse der beste Schüler ist und das Kind des Ministers der schlechteste. Gilt da schon nicht gleiches Recht für alle, so macht sich der Unterschied noch empfindlicher geltend, wenn die vier Klassen der elementaren Einheitschule absolviert sind. Da tritt dann die Trennung ein für die Kinder, die die höheren Schulen besuchen sollen, und für die, die in die Volksschule gehen müssen. Die nur selten durchbrochene Regel wird es sein, daß die reichen Kinder das Recht auf höhere Schulbildung haben, auch wenn sie faul und schwachbegabt sind. Fleißige, talentierte Kinder aber müssen die Volksschule weiter besuchen, weil die Eltern keine Mittel für ihre bessere Ausbildung besitzen. Die Klassenschule mit der ungerechten Scheidung der Kinder je nach der sozialen Lage bleibt bestehen. Die Kinder, die im zehnten Lebensjahr diese Erfahrung durchmachen müssen, werden im Gegenteil nur darunter leiden, wenn sie zu der Einsicht gelangen, daß all ihr Fleiß und Verneifer ihnen nichts nützt, vorwärtszukommen, weil ihr Vater arm ist.

Die Aufhebung der Vorschule ist eine halbe Forderung, der wir meiner Ansicht nach nur bedingt zustimmen können, weil sie für die Kinder des Proletariats durchaus nicht die Vorteile bringt, die man anführt. Allerdings wird erklärt, daß mit der gemeinsamen Elementarschule der erste Schritt zur Einheitschule getan ist. Das wäre der Fall, wenn bei der späteren Scheidung die Begabung der Schüler und nicht die soziale Lage der Eltern entscheidend wäre. Unsere Vertreter stimmen im allgemeinen für die Aufhebung der Vorschule, weil sie voraussetzen, daß dann von den herrschenden Gewalten die sonst so häufig verweigerten Mittel für die Volksschulen eher bewilligt werden, da ja das Interesse ihrer eigenen Kinder auch im Spiel ist. Es wäre daher eine Forderung wenigstens der vier Elementarklassen denkbar. Doch darf man sich von dem Reformeifer der bürgerlichen Parteien auch da nicht allzuviel

versprechen. Sie haben die Sicherheit, daß nach Absolvierung der vier ersten Schuljahre die Kinder der Wohlhabenden in den höheren Schulen den Vorteil besseren Unterrichts genießen werden. Zudem bleibt den reichen Eltern immer die Möglichkeit, ihren Kindern Privatunterricht erteilen zu lassen, wenn ihnen die Ausbildung in den Elementarklassen nicht genügend erscheint. Jedenfalls müssen wir unser Augenmerk darauf richten, daß der mögliche kleine Fortschritt nur als Vorläufer eines größeren, nämlich der Einheitschule bewertet und nicht überschätzt wird.

## Zur Frage des Geburtenrückgangs.\*

### I.

In Berlin und anderwärts treibt seit längerer Zeit die Erregung und Erwägung über den Geburtenrückgang hohe Wogen. „Was sind die Beweggründe, die die Frauen veranlassen, den allzu reichen Kindersegen zu verhüten?“ Über dieses Thema werden in den Frauenversammlungen schier endlose Wortkriege geführt.

Alle möglichen Gründe werden zur Erklärung des Geburtenrückgangs angeführt. Darunter auch dieser, daß die Arbeiterfrau durch Kinderpflege nicht gehindert sein will, sich der proletarischen Frauenbewegung anzuschließen, an Versammlungen teilzunehmen, in der Gewerkschaft und in der Partei zu wirken, kurz: sich dem Befreiungsringen ihrer Klasse zu widmen. Wie schön, wie ideal klingt dieser Beweggrund, aber er gibt in den aller seltensten Fällen wirklich den Ausschlag. Meine Behauptung stützt sich auf die Erfahrung einer langjährigen Praxis als *S e b a m m e*. Fast 10 Jahre war ich in einer kleinen Industriestadt Westfalens tätig. Ungeheuer groß ist die Zahl der Frauen und Mädchen, die täglich der Fabrik zufließen. Noch vor 3 Jahren scheiterte dort trotzdem jeder Versuch, die Arbeiterinnen zu organisieren, ein Geburtenrückgang war aber schon seit Jahren zu verzeichnen. Das beweist, daß diese Erscheinung durchaus nicht durch den Wunsch der Frauen herbeigerufen worden ist und um sich gegriffen hat, der modernen Arbeiterbewegung zu dienen. In meiner ausgedehnten Praxis hatte ich reichlich Gelegenheit, das Gefühlsleben und die Ansichten meiner Pflegebefohlenen kennen zu lernen. Dadurch bin ich zu der Überzeugung gelangt: der Geburtenrückgang hat seine Ursache einerseits in der wirtschaftlichen Not breiter Schichten, andererseits aber in der Aufklärung über die Mittel, die Empfängnis zu verhindern, die sogenannten Präventivmittel.

Betrachten wir zunächst einmal den Einfluß dieser sexuellen Aufklärung. Lange herrschte in den sogenannten besseren Kreisen eine Prüderie, die es verpönte, das Wort „geschlechtlich“ überhaupt auszusprechen. Sie wirkte natürlich auch auf das arbeitende Volk zurück. Von Aufklärung in geschlechtlichen Dingen war keine Rede. Die Familien waren kinderreich. Wenn auch damals die Frauen unter der Last ihrer Pflichten und Arbeiten stöhnten, so war doch niemand da, der sie beraten hätte, reichen Kindersegen zu verhüten. Heute dagegen, wo immer auch verheiratete Frauen zusammenkommen — ja in der Großstadt sogar recht oft junge Mädchen —, steht im Brennpunkt des Interesses das Thema: Kinderverhütung. Es wird um so ausgiebiger erörtert, als die Frau anfängt, sich auf sich selbst zu besinnen, als sie nicht nur höhere Magd des Mannes und Gebärapparat sein will, sondern ihren Teil an Bildung, Rechten wie an Lebensgenuß fordert, mag er materieller oder geistiger, kultureller Art sein.

Ein nicht geringer Teil der Aufgeklärten in geschlechtlichen Dingen handelt aus purer Berechnung, wenn er Kindersegen künstlich verhütet. Hierzu zählen in erster Linie die Ange-

\* Außer den heute veröffentlichten Einsendungen zu der erörterten Frage des Geburtenrückgangs liegen uns bereits noch andere vor, deren Abdruck in dieser Nummer die Rücksicht auf den Raum verbietet. Wir werden unseren eigenen Standpunkt erst entwickeln, nachdem die Ansichten der Genossinnen ausgiebig zum Worte gekommen sind.



hörigen der sogenannten besseren Kreise. Um den Ansprüchen einer standesgemäßen Lebenshaltung zu genügen, um Theater und Konzerte besuchen, um reisen usw. zu können, beschränken hier viele Damen die Kinderzahl auf ein Minimum. Es gab seit langem Ärzte, die sich nach dieser Richtung hin gefällig erwiesen, und so war früher auch die absichtliche Kleinhaltung der Familie — wie so vieles andere — ein Vorrecht der Reichen. Allein es darf nicht verschwiegen werden, daß heute sich auch manche Arbeiterfrau die Aufklärung über die Präventivmittel zunutze macht, um aus ähnlichen Beweggründen die Kinderzahl zu beschränken. Ihre Ansprüche an Buß und Land, an Vergnügungen mögen geringer sein als die der besitzenden Damen, aber diese bescheidenen Ansprüche will sie befriedigen. Sie möchte auch nicht durch viele Schwangerschaften und Kinderpflege vorzeitig altern und fränkeln. Ihr liegt die Versuchung um so näher, durch Kinderverhütung ihre Existenz angenehmer und sorgenfreier zu gestalten, als der Luxus und Mühsigang der Besitzenden die Armseligkeit ihrer eigenen Lage recht anschaulich zeigt. Aber die Arbeiterfrau, die aus solchen Beweggründen handelt, wird man wohl oft genug beim Kaffeetränken, bei billigen Vergnügungen finden, aber sicher kaum in einer gewerkschaftlichen oder sozialdemokratischen Versammlung. Frauen dieser Art sind es nicht, die mit Selbstaufopferung den Interessen der Arbeiterklasse dienen, die zum Lichte der Freiheit emporstrebt. Wohl aber sieht man manche kinderreiche Mutter in den Lesesaalenden der sozialdemokratischen Vereine, bei den Gewerkschafts- und Parteiveranstaltungen. Denn gerade die Liebe zu ihren Kindern hat viele proletarische Frauen geistig sehend gemacht.

Eine andere, wohl die edelste Triebfeder, die die Frau veranlaßt, das Geschick im Punkt der Fortpflanzung zu überwachen, ist die Mutterliebe. Weil die Proletarierin den schon geborenen Kindern ein besseres Los bereiten möchte als das eigene, weil ihr das aber unmöglich erscheint, wenn weiterer Familienzuwachs erfolgt, weil sie erkannt hat, daß das Leben der Güter Höchstes nicht ist, wenn dieses Leben in der Hütte der Armut das Licht der Welt erblickt — darum grant der liebenden Mutter und denkenden Frau davor, immer wieder neue Geschöpfe in unser irdisches Jammerthal zu setzen. Und nun noch ein letzter Beweggrund, der vielfach Kinderverhütung bestimmt. Er ist enthalten in dem biblischen Fluch: „Mit Schmerzen sollst du Kinder gebären.“ Ein alter Arzt sagte einmal: „Wenn das Naturgesetz bestimmte, daß die Kinder von den Eheleuten abwechselnd geboren würden, und zwar zuerst vom Mann, so gebe es in jeder Ehe nur 2 Kinder. Der gegen körperliche Schmerzen so empfindliche Mann würde die Beschwerden der Schwangerschaft, die Qualen der Entbindung nicht zum zweitenmal ertragen wollen.“ Fürwahr ein weises Wort! Nur Arzt und Hebamme können erkennen, welche unendlichen Schmerzen unser körperlich degeneriertes Frauengeschlecht bei Schwangerschaft und Niederkunft zu erdulden hat.

Ist es aber ein Wunder, daß der ganze Körper schwach bleibt und entartet, daß der Geschlechts- und Gebärapparat erkrankt und verkümmert, wenn — wie das besonders in Industriegegenden der Fall ist — die Mädchen des Volkes die Schulbank sofort mit dem Fabrikstempel vertauschen müssen? Meist in sitzender Stellung, in stickiger, staubiger Luft verbringen die jungen Proletarierinnen ihre Entwicklungsjahre. Die Ehe ändert fast nichts an ihrer Lebensweise. Schon am ersten oder zweiten Tage nach der Hochzeit sitzt die junge Frau wieder in der Fabrik. Er hat nichts, sie hat nichts — so heißt es verdienen, um die Schulden zu tilgen, die für die Wohnungsausstattung gemacht werden mußten. Nach Feierabend wird die häusliche Arbeit verrichtet. Bald kommt das erste Kind. So bedeutet die Heirat für die Proletarierin nur vermehrte Sorge und Arbeit, mehr Plagen und Schmerzen. Dankbar begrüßt sie daher die Aufklärung über Präventivmittel, die es ihr ermöglicht, durch Verhütung von Kinderlegen sich und ihre Familie vor der äußersten Not zu schützen.

Damit wäre ich wieder bei dem Ausgangspunkt meiner Ausführungen angelangt: Armut und Aufklärung über die Wirkung von Präventiven sind die Ursachen des Geburtenrückganges — und nicht der Hinblick auf das Interesse des kämpfenden Proletariats. Gerade dieser Kampf ist es aber, der die wirtschaftliche Not an der Wurzel anfaßt: er gilt dem ausbeutenden Kapitalismus, der die Not erzeugt. Die Frauen des Proletariats haben sich zu diesem Kampf zusammenschließen. Sie müssen sich wehren gegen das Unrecht, das ihnen dadurch geschieht, daß die kapitalistische Ordnung durch ihre Folgen für die ausgebeutete Klasse den Körper der Proletarierin von der Geburt an mit Entartung, Schwächlichkeit und Krankheit bedroht. Sie müssen dagegen ankämpfen, daß das ausbeutende Kapital bei der Erwerbsarbeit Gesundheit und Lebenskraft der Frauen des werktätigen Volkes vernichtet. Sie müssen ihre ganze Energie dafür einsetzen, daß der Kapitalismus beseitigt wird, auf daß der Sozialismus Gesellschaftszustände schaffen kann, die allen Frauen von Jugend auf eine gesunde Entwicklung verbürgen und für die Jahre der Mutterschaft die notwendige Rücksicht und Fürsorge.

Kraftvolle Frauen, denen während der Schwangerschaft ein zweckentsprechendes Leben voller Schonung zu führen möglich ist, denen bei der Entbindung und nach ihr die nötige Rücksicht und Pflege zuteil wird; Frauen, die ihrem Säugling die Mutterbrust reichen und ihn mit aller Mutterliebe betreuen können, die wissen, daß ihm ein menschenwürdiges Dasein beschieden ist — solche Frauen werden nicht mit Angst und Bangen dem Kinderlegen entgegenblicken. Man könnte hier einwenden: „Das alles hat ja die reiche Frau, und doch sträubt sie sich dagegen, eine große Kinderschar um sich heranzubringen zu sehen.“ Weibliche Geschöpfe, denen die Genußsucht über alles geht, gab es früher, gibt es heute. Aber sie sind nicht das Ideal der Weiblichkeit, der vollen Menschlichkeit, dem die Frau der arbeitenden Massen nachstrebt. Das echte, edle Weib wird — wenn die oben angeführten sozialen Bedingungen erfüllt sind — freudig die Bürden und das Glück des hohen Frauenberufs tragen — Mutter zu sein.

L u i s e E i c h o f f, Berlin.

## II.

Die Ansicht mancher im Proletariat, daß weniger Kinder für das einzelne Elternpaar weniger Sorgen bedeuten, hat sich in letzter Zeit bei sonst einsichtigen Leuten zu der Annahme zugespitzt, daß durch die Beschränkung der Geburtenzahl unser ganzes soziales Leben eine Besserung erfahren könne. So außerordentlich falsch diese Annahme ist, so hat doch die erstere Ansicht ein Körnchen Wahrheit für sich. Es sind eine ganze Anzahl Proletarier, die gewiß die Notwendigkeit des Kampfes für die Beseitigung all der elenden Zustände einsehen, unter denen die Arbeiter und deren Frauen im besonderen schwer leiden, die aber zunächst einmal sich selbst erst ein wenig zu helfen versuchen, indem sie die Kinderzahl einschränken. Diese Leute sagen sich das Folgende. Wir leben in einer Zeit, wo der Kapitalismus gesellschaftliche Zustände schafft, die für die ausgebeuteten werktätigen Massen harte Not mit sich bringen. Karg ist ja das Einkommen der Arbeiterfamilie. Aber Sorge und Not läßt sich ein wenig dadurch mildern, daß die Existenzmittel der Familie in weniger Teile zerlegt werden, wenn eine kleine Kinderschar vorhanden ist. Der Teil des einzelnen bleibt dann größer. Diese Rechnung ist einfach und klar. Wie oft hört man das Wort: „Ich will lieber ein Kind oder zwei Kinder anständig ernähren, als mit ansehen zu müssen, daß wie bei anderen sechs, sieben oder noch mehr Kleine nie richtig satt werden.“ Das ist meiner Meinung nach ein Standpunkt, den man nicht ganz von der Hand weisen kann.

Sinzu kommt, daß auch in kinderreichen ärmeren Familien die Mutter ihres Lebens nicht froh wird. Unterernährt, durch die fortwährenden Geburten geschwächt, ist eine solche Frau meist nicht imstande, sich um irgend etwas außerhalb ihrer engen Häuslichkeit zu kümmern, sie hat stets mit ihrer Sorge und Not zu tun. Wohl stimmt es, daß wir in unserer Partei



nicht wenige tätige Genossinnen haben, die trotz großer Dürftigkeit viele Kinder großziehen und zu tüchtigen Menschen machen. Ebenso stimmt es, daß wir uns oft darüber beklagen, wie wenig sich Frauen mit geringer Kinderzahl um den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse kümmern. Aber wir dürfen nicht verkennen, daß die ersteren an Begabung, Charakterstärke und Opferwilligkeit über dem Durchschnitt stehen. Viele dieser Frauen konnten auch erst mit uns Schulter an Schulter kämpfen, nachdem die Kinder aus dem Größten heraus waren, und Zehntausende sind vorhanden, die wegen des großen Elends den Weg zu uns nicht finden. Kinderreiche Familien sind es, die ihre Kleinen zur Erwerbsarbeit schicken müssen, Eltern, die so arm sind, daß sich einem das Herz im Leibe umdreht, wenn man ihnen sagen soll, ihr müßt auf die paar Pfennige verzichten, die euch eure Kinder heimbringen. Solche Familien sind es auch, die häufig den bürgerlichen Wohltätigkeitsvereinen ins Garn laufen und Büdlinge, Kniefälle für jeden haben, der etwas zu spenden vermag, alles nur, um sich gegen das größte Elend zu schützen. Es kann nicht bezweifelt werden, daß der überreichliche Kindersegen uns manche Kämpfer entzieht. Aus den angeführten Gründen ziehe ich den Schluß, daß die Einschränkung der Kinderzahl für den einzelnen wohl eine gewisse Bedeutung haben kann.

Freilich macht das für die Verbesserung der Lebenslage des gesamten werktätigen Volkes absolut nichts aus. Wie oft zitieren wir die Worte des Dichters: „Es gibt hienieden Brot genug, für alle Menschenkinder.“ Und sie sind richtig, der Sozialismus wird sie zur Wahrheit für alle machen. Wenn wir aber dieser Auffassung sind, so haben wir nicht in die Agitation für die Beschränkung der Kinderzahl einzutreten. Wir müssen vielmehr den Kampf dafür führen, daß allen Menschen das vorhandene Brot auch zuteil wird. Von diesem und jenem wird allerdings gesagt: „Wir dürfen nicht durch viele Kinder dazu beitragen, daß der Staat mehr Kanonenfutter bekommt und die Kapitalisten billige Arbeitskräfte.“ Wer so redet, kennt die Tatsachen nicht. Wir wissen doch, daß in Deutschland die Zahl der Soldaten ständig gewachsen ist, und daß das Militärmaß mehrmals heruntergesetzt wurde, damit genügend Leute in die Kasernen kamen. Noch drastischer wird die angezogene Ansicht durch die Entwicklung der Dinge in Frankreich widerlegt. Um ein großes Militäraufgebot zu haben, hat man sich dadurch zu helfen gewußt, daß man die zweijährige Dienstzeit wieder abgeschafft hat und die jungen Leute auf drei Jahre in den Soldatenrod steckt. Und die Kapitalistenstippe ist um billige Arbeitskräfte nicht in Verlegenheit. Trotzdem heute schon viel billige Arbeitskräfte im Reiche vorhanden sind, holt sie sich die noch billigeren aus dem Ausland.

bleiben wir also auf dem richtigen Wege, auf dem des Klassenkampfes. Lenken wir nicht durch falsche Ziele die Arbeiterklasse davon ab, denn dieser Weg allein führt zur Befreiung. Verdammten wir jedoch nicht diejenigen, die durch Einschränkung der Kinderzahl ihre augenblicklichen Verhältnisse etwas erträglicher gestalten wollen.

Frida Wulff, Breslau.

### III.

Genosse Compère-Morel, ein vorzüglicher Kenner der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Frankreichs, dem klassischen Lande des Zweikindersystems, schreibt uns zur umstrittenen Frage:

„Ich glaube in sozialer Beziehung in nichts an die Wirksamkeit des Neu-Malthusianismus. Übrigens macht die Agitation der Neu-Malthusianer bei uns kaum noch Fortschritte, und es ist sehr schwer zu beurteilen, ob sie einen tatsächlichen Einfluß auf die wirtschaftliche und kulturelle Lage des Proletariats ausgeübt hat. In Frankreich ist es hauptsächlich die bürgerliche Welt, in der die Geburten weniger zahlreich sind. Die Geburten nehmen zu oder ab, je nach dem Grade der Armut oder des Reichtums der Betroffenen. Nicht die Zunahme oder Abnahme der Geburten beeinflusst den Wohl-

stand der Bevölkerung, umgekehrt ist es der Wohlstand der Bevölkerung, der von Einfluß auf die Geburtenzahl ist: großer Wohlstand geht mit niedriger Geburtenzahl Hand in Hand, geringer Wohlstand mit einer hohen Geburtenziffer. Das wird auch dadurch bestätigt, daß die Geburten namentlich in den wohlhabenden Kreisen abgenommen haben, während ihre Zahl in den ärmeren Volksschichten hoch geblieben ist.

Es scheint mir ein rückschrittliches, reaktionäres Beginnen, seine Zeit zu verwenden, seine Energie zu vergeuden, um den Proletariern zu sagen: zeugt wenig Kinder! Zeit und Energie muß man bis zum äußersten ausnützen, um die Proletarier dem Sozialismus zuzuführen, der allein allen Gliedern der Gesellschaft das höchste Maß materieller und kultureller Güter zu sichern vermag. In diesem Sinne zu handeln, ist revolutionär.“

## Die Ergebnisse der Krankenkassenvertreterwahlen.

Die Wahlen der Ausschussmitglieder der neugestalteten Krankenkassen sind nun an den meisten Orten vorüber. Sie vollzogen sich so, wie vorauszusehen war: infolge der Einführung des Verhältniswahlverfahrens war bei den größeren Kassen die Wahlbewegung eine außerordentlich lebhaft und die Wahlbeteiligung eine sehr starke, bei den kleinen Kassen dagegen war meist von der Wahl nichts zu merken. Bei den größeren Kassen in den Städten hatten die kleinen Gruppen und Parteien innerhalb der Arbeiterschaft viel Mut bekommen, die Sonderbestrebungen verfolgen. Satten sie sich seither an den Krankenkassenwahlen nicht beteiligt, um sich nicht zu blamieren, so wagten sie sich diesmal ans Licht und stürzten sich mit viel Geschrei in die Wahlagitation. Ihre Kampfmittel waren die verwerflichsten und unlautersten. Sie redeten von dem Mißbrauch der Krankenkassen zu sozialdemokratischen Zwecken und ähnlichem Unsinn mehr. Im allgemeinen konnten sie nichts anderes zur Empfehlung ihrer Kandidaten sagen, als daß mit ihnen die Sozialdemokratie bekämpft werde. Darin erschöpften sich ihre „Vorzüge“. Durch dieses Tun und Treiben der Hirsch-Dunderschen, Christlichsozialen, „Nationalen“ und wie sich die Leute noch nennen, ist die Politik in die Krankenkassenverwaltungen hineingetragen worden. Dort, wo seither noch Arbeitervertreter aller Parteien harmonisch in den Kassenorganen oder in neutralen Körperschaften wie Arbeitervertretervereinen zusammenwirkten, hat nun alle Freundschaft ein Ende gefunden. Die Parteigegensätze kommen im Verkehr weit mehr zum Ausdruck.

Bei der Wahl der Versichertenvertreter kämpften bei den größeren Kassen meist drei Listen um die höchstmögliche Stimmenzahl. Soweit sich übersehen läßt, machte durchschnittlich ein Viertel oder ein Drittel der wahlberechtigten Kassenmitglieder Gebrauch vom Wahlrecht. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, erhielt in den größeren Kassen die freigewerkschaftliche Liste mindestens drei Viertel der Stimmen und Mandate, auf die Gegner zusammen entfiel höchstens ein Viertel. In vielen Fällen erlitten diese eine noch größere Niederlage. Bei den kleinen Kassen, namentlich den Betriebskrankenkassen, wurde meist nur eine Vorschlagsliste eingereicht, die sich in der Regel bunt zusammensetzte. Entsprechend den Bestimmungen der Wahlordnungen fand eine Wahl überhaupt nicht statt, wenn nur eine einzige Liste vorlag; die Vorgeschlagenen galten dann ohne weiteres als gewählt.

Wie haben sich die weiblichen Kassenmitglieder bei der Wahl verhalten? Die Frage ist deshalb wichtig, weil die neu hinzugekommenen Wählermassen sich zum weitaus größten Teil aus Frauen und Mädchen zusammensetzen. Die der Versicherungspflicht neu unterstellten Personenkreise sind ja in der Hauptsache die landwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstboten und Hausgewerbetreibenden. Die Landarbeiter gehören meist den Landkrankenkassen an, bei denen die Ausschussmitglieder



nicht gewählt, sondern von den Behörden ernannt werden. Für die Wahlen bei den Ortskrankenkassen blieben deshalb hauptsächlich die Dienstboten und die Hausgewerbetreibenden übrig. Es war zum ersten Male, daß zum Beispiel die Dienstboten in ihrer Gesamtheit ein öffentliches Wahlrecht ausüben konnten.

Die Wahlagitation ließ das auch deutlich erkennen. Es erschien wohl kein Flugblatt, das sich nicht auch besonders an die Frauen wendete und ihnen eindringlich die Bedeutung der Wahl vor Augen führte. Die bürgerlichen Gegner der Arbeiterbewegung betrieben ganz besonders diese Art der Werbung. Sie taten so, als käme es überhaupt nur darauf an, daß Frauen gewählt würden. Die Frage schien für sie keine Rolle zu spielen, welcher sozialen Schicht die Frauen angehörten, und ob sie geeignet und gewillt seien, die Interessen der Versicherten zu vertreten. Die weiblichen Versicherten waren so die unworbensten Wähler, und das von Leuten, die sich sonst mit Händen und Füßen gegen das Frauenwahlrecht sträubten. Die Dienstherrschäften gingen soweit, die Dienstboten zur Erzielung „nationaler“ Stimmen zu mißbrauchen. Wer das Wahltreiben beobachtete, dem boten sich gerade nach dieser Richtung hin beachtenswerte Bilder. Schüchtern traten gleich nach Eröffnung der Wahl viele Dienstmädchen an die Urne, in den meisten Fällen offensichtlich auf Veranlassung der „gnädigen Frau“ oder des gestrengen „Herrn“. So kam in Bittau ein älteres Dienstmädchen zur Wahl, den unermesslichen Handkorb am Arme. Pfllichtgetreu wird es belehrt, daß der Stimmzettel in der Zelle ins Kuvert zu legen und dann beim Wahlbureau abzugeben ist. Ratlos tritt das Mädchen zum Vorsitzenden: „Der Herr Doktor hat gesagt, ich soll national wählen, welchen Zettel muß ich da nehmen?“ Da keine Auskunft folgt, lenkt die Gehorsame ihre Schritte heimwärts, um sich weitere Anweisung beim Herrn Doktor zu holen. Kurz darauf will ein anderes Mädchen seinen Teil zum nationalen Wahlsieg beitragen. Der Name steht nicht in der Wahlliste, und so wurden ihre Personalien festgestellt. Ergebnis: 16 Jahre alt und noch nicht wahlberechtigt. Das Mädchen gibt an, von der Herrschaft zur Wahl geschickt zu sein. Wie genau war die Herrschaft mit den Krankenkassenangelegenheiten bekannt! In Halle a. S. kam es vielfach vor, daß die „gnädigen Frauen“ gleich selbst mit dem Mädchen kamen und es sogar bis ins Wahllosett begleiteten. Der Zettel des Gewerkschaftskartells wurde weggenommen, weil es nicht der „richtige“ sei. Aus Leipzig wird berichtet, daß „gnädige Frauen“ „ihre“ Mädchen wie Stimmvieh zum Wahllokal schickten. Auf dem Wahlausweis hatten viele Herrschaften schriftlich vermerkt: „Liste 1 ist zu wählen“. Wahlbeisitzer haben diese unzulässige Wahlbeeinflussung protokollieren lassen. Es ist zu beachten, daß Liste 1 diejenige des bürgerlichen Frauenwahlkomitees war. Die Frauenrechtlerinnen beginnen also die „Erziehung“ der Dienenden zum Gebrauch des Stimmzettels mit dem Kommando, einen bestimmten Wahlvorschlag abzugeben, was sich dann „Freiheit der Wahl“ nennt. Aber dieser Kniff hat den Damen nicht viel genützt. Trotz seiner und obgleich ihre Liste von den Gegnern der freien Gewerkschaften kräftig unterstützt wurde, erhielt die Liste des Frauenwahlkomitees beziehungsweise der kaufmännischen Gehilfinnen nur 1195 Stimmen von 56 503 gültigen Wahlzetteln und ein Mandat im Ausschuß. Die Liste des Gewerkschaftskartells dagegen vereinigte 51 229 Stimmen auf sich und entsendet 55 Vertreter in die Körperschaft. Die bürgerliche Frauenrechtleri hat ihre angebliche „Neutralität“ der kämpfenden Arbeiterklasse gegenüber ins rechte Licht gestellt. Sie selbst hat gezeigt, wie wenig ernst es ihr mit den Komplimenten ist, mit denen sie gelegentlich den Gewerkschaften um die Backen streicht.

Auch die Krankenpflegerinnen und Frauen in anderen ganz oder halb bürgerlichen Berufen machten von dem neuen Rechte umfassenden Gebrauch. So sieht es, daß das Wahlrecht der Frauen bei dieser ersten Wahl seit der Einführung der Reichsversicherungsordnung der aufgeklärten Arbeiter-

schaft nicht sonderlich zugute gekommen ist. Das ist natürlich kein Grund, gegen das Wahlrecht der Frauen zu wettern. Im Gegenteil! Die Erscheinung muß anspornen, die Aufklärung der Frauen über soziale Fragen noch energischer als bisher zu betreiben. Insbesondere müssen die Erfahrungen betreffs der Dienstboten dazu führen, noch kräftiger für den Zentralverband der Hausangestellten als der freigewerkschaftlichen Organisation der Dienenden zu arbeiten. Wie die Wahlbeteiligung der weiblichen Mitglieder überhaupt ziffermäßig war, ist nur selten statistisch festgestellt worden, und zwar weil es keine oder nur unvollkommene Wählerlisten gab. Zweifellos war aber die Wahlbeteiligung der Frauen bedeutend größer als bei früheren Wahlen. Auch die Zahl der zu Ausschußmitgliedern und des weiteren zu Vorstandsmitgliedern gewählten Frauen ist gewachsen. Soffentlich gibt die ebenfalls neugestaltete amtliche Statistik der Krankenversicherung Aufschluß hierüber. Mögen die in Ehrenämter hineingewählten Frauen zeigen, daß sie die Interessen der weiblichen Versicherten zu wahren verstehen. Es wird dies ein Anstoß sein, daß die Erweiterung sozialer Frauenrechte voll genutzt und so ausgedehnt wird, daß dem kleinen Fortschritt größere Reformen folgen.

F. Kl.

### Bei den Spielwarenmachern im sächsischen Erzgebirge.

Die sächsischen Unternehmer hatten von ihrem Standpunkt aus ganz recht, als sie anlässlich der Hygieneausstellung in Dresden die von der Generalkommission der Gewerkschaften geplante Heimarbeitsausstellung vereitelten. Diese Ausstellung hätte Glendsbilder gezeigt, denn man kann die Heimarbeit nicht anders schildern, als sie in Wirklichkeit ist. Sachsen ist eine Domäne der Heimarbeit. Hier findet man sie nicht nur in den Städten, hier hat sie in den entlegensten Dörfern festen Fuß gefaßt. Da ist die Lausitz mit ihren Handwebern, die sächsische Schweiz mit ihrer Blumenindustrie, da ist das Erzgebirge, wo Spitzenklöppelei, Posamentennäherei, die Herstellung von Korb- und Blechwaren, von Strümpfen und Handschuhen, Perlsachen, Wäsche und Spielzeug usw. als Heimarbeit betrieben wird, das Vogtland mit der heimindustriellen Weberei und Stickeret.

Wer das Glend der Heimarbeitenden mit eigenen Augen sehen will, wandere durch das sächsische Erzgebirge. In Obernhau, Marienberg, Grünhainichen sitzen hauptsächlich die Verleger der Spielwaren. Sie beschicken die Messen und Märkte und versorgen nicht nur Deutschland, sondern auch das Ausland mit den Erzeugnissen der Heimarbeit. Trotz der hohen Zölle hat der Export der erzgebirgischen Spielwaren nach den verschiedensten Ländern zugenommen. Die Dörfer, wo die meisten Spielwaren angefertigt werden, liegen weiter ab, auf den Bergen. Fast in jeder Hütte dort trifft man Spielwarenmacher an, weil es andere Erwerbszweige nicht gibt. Die Spitzenklöpplerin mit ihrem Sad ist hier nicht zu finden, denn ohne Frauen- und Kinderarbeit könnte der Spielwarenmacher gar nicht existieren.

Was wird in den Dörfern nicht alles angefertigt! Soldaten, Regelspiele, Holzgriffe für Werkzeuge, Rahmen für Bilder, Wiegen, Puppenstuben, ganze Möbelausstattungen dafür, Windmühlen, Sparbüchsen, Knöpfe, Nadelbüchsen, Thermometergehäuse, Kinderklaviere, Baukasten, Schachbretter, Federkasten, Kinderschaukeln, die ganze Tierwelt und noch vieles mehr.

Die Heimarbeit ist sehr alt und sollte als rückständige Produktionsform überwunden sein. Aber der Kapitalismus hat sich ihrer bemächtigt und sie seinem Profitbedürfnis dienstbar gemacht. Und der ganzen Sachlage entspricht es, daß wir bei der heimindustriellen Spielwarenfabrikation eine weitverzweigte Arbeitsteilung finden. Der Heimarbeiter muß ja die Maschine ersetzen, die flinken Hände müssen noch billiger arbeiten als sie. Die Arbeitsteilung ist eine Voraussetzung der



für, davon abgesehen, daß sie die Mitarbeit der Familie ermöglicht. Der Spielwarenmacher als Hausindustrieller ist „selbständig“. Er kauft das Holz selbst ein, ebenso die verschiedenen anderen Rohmaterialien, deren er bedarf, wie Nägel, Leim, Farbe, Samt, Goldborte, Glas, Spiegel usw., je nach dem Auftrag, den er gerade hat. Spezialisten sind die Tiermacher, sie stellen tagaus, tagein irgendein Tier her. Ihr Rohmaterial ist Holz, Farbe und Leim. Der Baumstamm wird gespalten, zersägt, und die Klöße kommen dann in die Dreherei, wo der Spielwarenmacher selbst gegen eine jährlich zu entrichtende Pachtsumme das Holz ausdrehen kann oder es dem Dreher in Auftrag gibt, der die Arbeit im Afford übernimmt. Trotz der herrschenden einfachen Arbeitsformen haben sich die Dreher zu einer Zunft zusammengeschlossen. Bei ihnen ist es anders als bei den Heimarbeitern. Sie arbeiten zusammen in der Fabrik und konnten bestimmend auf ihre Lohnverhältnisse einwirken. Die Dreher bilden aber nur eine kleine Gruppe der Spielwarenmacher.

Wierföhler werden in der Regel nicht einzeln gedreht, sondern aus Reifen gespalten. Zu diesem Zweck werden von etwa 30 Zentimeter starken Stämmen je nach Bedarf gegen 5 bis 12 Zentimeter starke Scheiben mit der Säge abgesehen, und zwar quer zur Holzfasern. Diese Scheiben zeigen also oben und unten Hirnholz mit den sämtlichen Jahresringen des Stammes. Sie werden vom Reifendreher auf der Drehbank so ausgearbeitet, daß sie einen Reifen bilden und daß dieser Reifen wiederum im Querschnitt der Form des herzustellenden Tieres entspricht. Das ist eine Kunst für sich, denn gemessen und probiert wird dabei nicht. Der Reifendreher muß es im Griff haben, daß der Reifen außen wie die Rückenlinie des Tieres gewölbt, innen wie die Bauchlinie ausgehöhlt ist, die um die Füße herumgeht. Der Heimarbeiter spaltet dann diese Reifen in kleine Scheiben, und die Rohform der Tiere ist fertig. Die fertigen Reifen haben ungefähr die Form eines runden Kapfchens oder Kugelhops, der in der Mitte ein recht großes Loch hat. Nur muß man sich die Kuchenform so denken, daß die daraus geschnittenen Scheiben, flach auf den Tisch gelegt, den Umriss eines Pferdes, Schafes oder dergleichen aufweisen. Der Late kann sich nur schwer ein Bild von der Arbeit eines Reifendrehers machen. Sie wird ihm vielleicht verständlicher, wenn er einmal ein Duzend gleich großer hölzerner Pferdchen oder Rinder auf den Schwanz stellt und mit den Seiten aneinanderlegt; er hat dann ein Stück des Holzreifens vor sich, aus dem die Tiere angefertigt worden sind. Ohren, Hörner, Schwänze muß man sich natürlich dabei fortdenken. Diese Teile sind nicht angedreht, sondern werden erst später eingeleimt. Aus einem solchen Reifen lassen sich mehrere Duzend Tiere herstellen. Die erzielten Rohformen der Tiere werden feucht gemacht, ins Wasser gelegt, weil sie sich dadurch besser verarbeiten lassen. Die Frau hilft nun mit, sie schneidet die Glieder des Tieres aus. Das geschieht mit fabelhafter Geschwindigkeit in Massen. Aber trotz der langjährigen und einseitigen Übung gehört ein großes Maß von Geschicklichkeit dazu, wenn bei der Arbeit am Tiefertag etwas verdient werden soll. Die Ware muß getrocknet werden. Das geschieht in der Behausung des Heimarbeiters, auf dem Ofen, der zu diesem Zweck eine besonders große Nöhre besitzt und genügend Raum oben hat, wo die Tiere aufgelegt werden können. Nachdem die Schwänze und Hörner angeleimt worden sind, wird die geschnitzte Ware in eine Farblösung getaucht oder bemalt, und das Spielzeug ist fertig.

Die Herstellung von Holzsoldaten ist wieder anders. Die Form wird gedreht. Der Arbeiter oder die Arbeiterin hat nur zu leimen und zu färben. Für die Herstellung der Soldaten — bayerischer, preussischer, sächsischer usw. mit den verschiedenen Uniformen — bedarf es vieler Farben. Und der Verdienst dafür? Für das Schoß 60 Pf., also 1 Pf. pro Stück, für die Arbeit, fix und fertig, Holz, Farbe, Leim, Feuerung, Licht, alles zusammen. Bei 60 Pf. Verdienst gehen ungefähr 30 Pf. für Materialkosten ab. Ich habe Spielmachersfamili-

en angetroffen, die auf ein Jahreseinkommen von 800 Mk. zu rechnen haben, wenn Mann, Frau und zwei erwachsene Kinder ihre Arbeitskraft aufs äußerste anstrengen. Ein altes Ehepaar macht Pferdegeschirre. Beide müssen fleißig arbeiten, um in der Woche 9 bis 10 Mk. reinen Arbeitsverdienst zu haben, und da hilft noch die Tochter mit das Geschirr nähen. Vergleicht man mit dem Verdienst die Preise, die in den Spielwarengeschäften und Warenhäusern für Pferdegeschirre gefordert werden, so sieht man daß der Heimarbeiter der Ausgebutele ist, er erzeugt den Wert, den Profit stecken Verleger, Zwischenhändler, Großlisten oder die Ladeninhaber ein.

Kann den Heimarbeitenden in der Spielwarenindustrie geholfen werden? Ein älterer Arbeiter erzählte, daß er sich schon seit Jahren mit dem Gedanken einer Verbesserung seiner Lage beschäftige. Er habe sein Holz in Auktionen und bei Händlern gekauft, er habe seine Arbeit verschieden eingeteilt, nie sei es ihm gelungen, dadurch seinen Arbeitsverdienst zu erhöhen. Ein Zusammenschluß aller Heimarbeitenden seiner Branche sei heute noch nicht möglich, weil sich die einzelnen untereinander Konkurrenz machen. Eine Besserung sei nur möglich, wenn alle Spielwaren nur durch eine Person am Ort bestellt und geliefert würden, so daß diese Konkurrenz untereinander mit dem Unterbieten ausgeschlossen werde. „Es müßte ein Kartell oder Syndikat gebildet werden, wie es die Großen draußen im Lande machen.“ So unklar spiegelt sich in den Köpfen vieler Armen im Gebirge, die fern vom Gebiet des modernen Wirtschaftslebens dahinvegetieren und ihm doch angegliedert sind, das Bild der kapitalistischen Produktion wider mit ihrer gewaltigen Konzentration. Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Agitation dringt allmählich Licht verbreitend auch in diese abgelegene Welt. Der Deutsche Holzarbeiterverband insbesondere hat schon vielen Arten von Heimarbeitern Aufklärung gebracht und in der gewerkschaftlichen Organisation einen Weg gezeigt, der besseren Arbeits- und Existenzbedingungen entgegenführt. Sein Wirken wird auch in steigendem Maße die erzgebirgischen Spielwarenmacher erfassen. Sie sind um so schwerer für die Organisation zu gewinnen, je elender es ihnen geht. Am zugänglichsten erwiesen sich seither die Reifendreher, die zwar selbständig, aber doch gemeinsam arbeiten. In einigen Branchen, so bei den Puppenmählern in Eypendorf, wird die Heimarbeit alten Stils durch die teilweise fabrikmäßige Herstellung abgelöst. Die jungen Leute gehen zur Fabrik, während die alten und die verheirateten Frauen daheim die vorgearbeiteten Teile zusammenbauen oder sonst weiter bearbeiten. Hier kann der gewerkschaftliche Einfluß kräftiger und erfolgreicher einsehen. Bei diesem Verhältnis ist der einzelne nicht mehr in dem Maße „selbständig“ wie der Pferdchen- oder Schafmacher. Sein Interesse ist auch für ihn erkenntlich als gleich mit dem des Nachbarns.

Wie unklar und rückständig bei den Spielwarenmachern noch die Auffassung der wirtschaftlichen Verhältnisse und damit ihrer eigenen Lage ist, das kommt auch zum Ausdruck in ihrer Stellung zur Kinderarbeit. Die bürgerlichen Gesetzgeber haben sich viel darauf eingebildet, daß sie die gewerbliche Kinderarbeit beschränkt und geregelt haben. Was ist aber damit für die Heimarbeiter selbst erreicht? Regierung und bürgerliche Parteien haben sich gehütet, an den Kernpunkt der Heimarbeitsfrage zu rühren, an die Lohnfrage. Der Spielwarenmacher hat seine Kinder aus Not als Hilfskräfte eingespannt, weil sein eigener Verdienst zu gering war, die ganze Familie zu erhalten, weil auch die Mitarbeit der Frau und Mutter das Einkommen nicht um soviel zu steigern vermochte, daß alle hungrigen Mäuler satt geworden wären. Die Not zwingt ihn auch heute noch, seine Kinder rücksichtslos zur Arbeit heranzuziehen. Der Spielwarenmacher kann sich Leben und Arbeit ohne die mithelfenden Kinder gar nicht vorstellen. Er ist ein überzeugter Anhänger der Kinderarbeit überhaupt. Ich hatte Gelegenheiten, die Verhältnisse in mindestens einem halben Hun-



bert Familien kennen zu lernen und mich mit Männern und Frauen zu unterhalten. Die meisten von ihnen waren nicht mehr die genügsamen, heiteren Menschen, die von älteren Kleinbürgerlichen Heimatsdichtern gepriesen wurden. Sobald das Gespräch auf das Thema Kinderarbeit kam, erwiesen sich meine Erzgebirgler zumeist unzugänglich. Sie schimpften auf das Gesetz, das die Ausnutzung der Kleinen einschränkt. Sie können nicht einsehen, daß das Kind ein Recht auf seine Jugend, auf Ruhe und Spiel hat. Weil sie selbst schon als zartes Kind schwer mitarbeiten mußten, betrachten sie es als das Recht der Eltern, ihrem Erwerb die Arbeitskraft der Kinder zuzurechnen. Die Mitarbeit der Kinder erscheint ihnen außerdem als wichtiges Erziehungsmittel. Das Herumtollen, Spielen und Lachen der lieben Jugend ist in ihren Augen verderblicher Müßiggang. Elend und Gepölnheit haben ihren Blick blind dafür gemacht, daß die Umstände, unter denen die Kinder erwerbstätig sein müssen, den erzieherischen Wert der Arbeit töten. Hier handelt es sich um ausgebeutete Arbeit schlimmster Art, die die gesunde, kraftvolle Entwicklung von Körper und Geist hemmt und lähmt, und nicht um erziehende Arbeit, die die jungen Kräfte des Leibes und der Seele aufblühen läßt.

Es wird noch ein großes und schweres Stück aufklärender Arbeit kosten, bis in dieser Beziehung die Macht der Not und des Herkommens gebrochen ist. Von ganz besonderer Bedeutung aber für das Verschwinden der Kinderbeschäftigung in der heimindustriellen Spielwarenmacherei des Erzgebirges wie der Heimarbeit im allgemeinen ist die gesetzliche Festlegung von Minimallohnen. Auch betreffs dieser Forderung werden Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Bunde eine Gasse brechen, auf der große Scharen rücksichtslos Ausgebeuteter einer lichter Zukunft entgegenstreiten. Elise Woldt.

## Süß und ehrenvoll ist es, fürs Vaterland zu sterben.

Am 9. September wurde das Marineluftschiff „L. 1“ durch einen Sturm in der Nordsee zerstört, 14 Mann seiner Besatzung fanden den Tod im Wasser. Am 17. Oktober explodierte das Marineluftschiff „L. 2“ bei Johannistal, 28 Personen fanden den Tod im Feuer. „Der L. 2 hatte eine Höhe von etwa 700 Meter erreicht, als plötzlich aus dem vorderen Teil des Luftschiffes eine Flammengarbe herauschoß. Unmittelbar darauf folgte eine furchtbare Detonation, und schon in der nächsten Sekunde stand das Luftschiff in Flammen. Durch die Gewalt der Explosion wurde die Ballonhülle in Tausende und aber Tausende Fetzen zerrissen. Das ganze Luftschiff bildete ein Flammenmeer, aus dem sich gleich darauf die glänzenden Aluminiumstangen des Gerippes deutlich abhoben. Man hörte entsetzliche schrille Schreie, sah aus der vorderen Gondel mit einem Tuch winken. Dann sauste der schwere Schiffskörper über und über in Rauch gehüllt zur Erde herab. Während des Sturzes sprangen zwei Mann der Besatzung aus der Gondel heraus. Sie wurden von dem auf sie stürzenden Gerüst des Luftschiffes zermalmt.“ Von allen Seiten eilt man zu Hilfe. „Der Anblick, der sich uns bot, war so entsetzlich, daß er sich kaum beschreiben läßt. In der hinteren Gondel saßen Menschen, die sich in den Flammen wanden und zuckten. Ein Offizier schrie furchtbar um Hilfe und versuchte sich zu befreien. Umsonst.“ Endlich gelingt es, das Feuer zu löschen und durch die Gerippeile an die Gondeln heranzukommen, um die Insassen zu befreien. „Man riß den Körpern die verbrannten, oft noch glimmenden Kleidungsstücke ab, aber es waren nur noch versengte, zusammengeschrumpfte Körper.“ „Die Leichen waren durchweg schwarz verkohlt und bis auf die Knochen verbrannt, sie boten einen schrecklichen Anblick.“ Drei Menschen fand man noch lebend. „Einer, er war im Gesicht und am Ober-

körper verbrannt, war bei Bewußtsein und schrie ununterbrochen: „Schlagt mich tot!“ „Ein anderer kam ebenfalls wieder zu sich und sagte: „Meine Frau, mein Kind!“ Dann verschied er. „Der zweite der Überlebenden starb auf dem Transport ins Krankenhaus, während der dritte dort erst nach Stunden „unbeschreiblichen Leidens durch den Tod erlöst wurde“. Am gleichen Tage verunglückten drei Militärlieger tödlich. So erweist die jüngste Waffe des Militarismus bereits im Frieden ihre tödliche Wirkung.

Wem gebührt nach diesem Unglück Teilnahme? Die bürgerliche Presse belehrt uns darüber: „Graf Zeppelin, auf den sich wieder einmal in herzlichster Teilnahme alle Augen richten.“ Doch nicht Zeppelin allein ist Leidtragender. Der Reichskanzler drahtet dem Großadmiral v. Tirpitz: „Tief erschüttert durch die Nachricht über den Verlust des L. 2 spreche ich Em. Erzellenz und der kaiserlichen Marine meine herzlichste Teilnahme aus.“ Erst nachdem er dem Großadmiral v. Tirpitz seine herzlichste Teilnahme für den Verlust einer leblosen Sache ausgesprochen hat, die diesem gar nicht gehört, und für dessen Verlust nicht dieser, sondern das Volk zahlen muß, gedenkt der Reichskanzler auch der umgekommenen Besatzung und ihrer Hinterbliebenen. Diesen läßt er „den Ausdruck seines Mitleids übermitteln“. Der Kaiser aber telegraphiert dem Reichsmarineamt: „Wieder hat ein schwerer Schicksalsschlag meine Marine getroffen. Das Luftschiff L. 2 ist einer Explosion zum Opfer gefallen, und fast 30 brave Männer, darunter die berufensten Förderer der neuen Waffe, haben dabei ihr Leben lassen müssen. Ihr Tod im Dienste des Vaterlandes sichert ihnen bei mir und dem ganzen deutschen Volke ein ehrendes Gedenken. Ihren Angehörigen ist unser aller herzlichstes Beileid gewiß.“ Also nicht umsonst sind jene Unglücklichen zerschmettert und geröstet worden. Nein, ihr Tod sichert ihnen ja ein ehrendes Gedenken bei „ihm“ und nach „ihm“ auch noch beim deutschen Volke. Und wenn die Angehörigen der Verunglückten vom Gedanken an das schauerliche, qualvolle Sterben ihrer Lieben gemartert werden, so mögen sie sich damit trösten, daß ihnen „unser aller herzlichstes Beileid gewiß“ ist. Zur Vinderung ihres Schmerzes wird sicherlich noch ein Gedenkblatt beitragen, das der Kaiser vermittelt eines Akademieprofessors zeichnen wird. Wäre Wilhelm II. kein so guter Christ, so könnte er auf diesem Gedenkblatt darstellen, wie die Karthager zur Rettung des Vaterlandes dem Götzen Moloch ihre Kinder in den glühenden Rachen werfen.

Der Zweck des untergegangenen Luftschiffes war Mord. Der Massenmord sollte exakter gestaltet werden, ihm wollte man ein neues Element erobern, ein neues Aktionsfeld schaffen durch den Luftkruzer, der auf seinem Rücken eine Plattform zur Aufstellung eines Geschützes trug. Allerdings sollte es nicht Deutsche morden, sondern Russen und Franzosen. Klingt es da nicht wie Sohn, wenn der Präsident der französischen Republik dem Kaiser sein Mitgefühl ausspricht über „das schmerzliche Unglück, das dem Marineluftschiff L. 2 widerfahren ist“? Aber gerade weil diese Worte nicht höhnisch gemeint sind, kommt in ihnen die Heuchelei und der Widerstanz der kapitalistischen Welt zum Ausdruck: die Nationen schmieden Waffen zur gegenseitigen Vernichtung, und wendet sich dann die Waffe gegen ihren Schöpfer, so kondoliert diesem jener, den die Waffe treffen sollte. Doch die fremden Völker werden um ihr Teil nicht herumkommen. Der Kaiser schließt die obige Beileidsfundgebung mit den Worten: „Aber die Trauer über das Geschehene wird, davon bin ich überzeugt, nur zu erneuten Anstrengungen anspornen, die so wichtige Luftschiffswaffe zu einem zuverlässigen Kriegsmittel zu entwickeln.“

Das Luftschiff explodierte am 17. Oktober, einen Tag vor der Jahrhundertfeier der Leipziger Völkerschlacht. Hätten unsere Herrschenden nicht so viel Scham im Leibe, mit Rücksicht auf die geschichtliche Wahrheit auf jene Festfeier zu verzichten, so hätten sie es jetzt angesichts des „nationalen Un-



glücks" aus Laftgefühl tun müssen. „Aber die groß angelegte Weibefeiher ließ sich so kurz vor ihrem Beginn nicht mehr verschieben, abgesehen davon, daß sie nun einmal am Tage des 18. Oktober fällig ist.“ Das heißt, jene Unglücklichen hätten für ihren Martertod einen anderen Tag aussuchen sollen, einen Tag nicht so kurz vor Beginn der Weibefeiher. Sie hätten mindestens einige Tage vor oder besser noch nach dem 18. Oktober verbrennen müssen, an dem nun einmal die Feiher „fällig“ war. Ihnen hätte das ja nichts genützt, ihre Qualen wären nicht geringer gewesen, aber immerhin würde das herrschende Deutschland vor einer Schmach bewahrt geblieben sein, würde man den Schmerz seiner Weibefeihergebungen ernst nehmen können. So ward denn einen Tag nach jenem gräßlichen Unglück die Niederlage Napoleons bei Veipzig mit dem größten Pomp gefeiher, und bei der Feiher fehlte keiner der Fürsten, deren Vorfahren einst diesem Napoleon in den Hintern gekrochen waren. Ebenso wenig ließ man sich beim Festessen den Appetit durch den Gedanken an den schauerlichen Tod der Besatzung des Luftkreuzers stören:

„So konnte es geschehen, daß die Fürsten zum Frühstück im Rathaus etwa eine Stunde zu früh kamen und — warten mußten. Auch die Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters mußte verschoben werden, da die dazu gehörigen Stadträte noch nicht anwesend waren. Trotz dieses kleinen und erheiternden Zwischenfalls verlief alles sehr nett, und im Cercle zog der Kaiser die meisten Anwesenden ins Gespräch, bis ihn der Reichskanzler mit einigen Depeschen in Beschlag nahm. Doch dauerte es nicht lange, und die Konferenz löste sich mit Lächeln auf. Dann gab es eine kurze Pause, und bald hieß es wieder, zur Festtafel zu gehen. Im Gewandhaus harrete die königliche Tafel, ein Unikum in der Ausstattung. Fast das ganze grüne Gewölbe hatte man aus Dresden hierher geschafft, und seit zwei Tagen bewachten Detektivs en masse das Gebäude, in dem für nicht weniger als 4 bis 5 Millionen Mark Tafelgeschirr angehäuft war. Die Wirkung ging über alles Erwarten hinaus. Es war ein Märchen aus Tausend und einer Nacht. Ein Brumf, der in seiner Gediegenheit unübertrefflich war und zu dem Schönsten gehörte, was man sich vorstellen kann.“

Auch sonst beeinträchtigte der Untergang des Luftschiffes den Festtrubel nicht, höchstens daß die „feenhafte Illumination“ manche an den Flammentod seiner Besatzung erinnert haben mag. Der Besuch der Vordelle wird wohl gleichfalls nicht unter der Erinnerung an das „nationale Unglück“ gelitten haben, so manchem der Festteilnehmer war der Weg dahin noch von dem großen Turnfest im Sommer her vertraut.

Wir bedauern den schrecklichen Tod jener Männer ebenso wie das furchtbare Ende der englischen Bergleute, die in diesen Tagen in der Grube ihr Leben lassen mußten. Diese fielen als Opfer des Unternehmerprofits, jene als Opfer des Militarismus. Mit dem Gelde aber, das für das Mordwerkzeug vergeudet wurde, durch das 28 Menschen den Feuertod fanden, hätte man diesen Winter so manchen Arbeitslosen vor dem Kältetod bewahren können. kz.

## Aus der Bewegung.

Eine Frauenkonferenz für den Bezirk Ober-Langensieban fand am 29. September in Freiburg statt. Sie war von 33 Genossinnen und 8 Genossen besucht und die erste Konferenz, die für diesen Bezirk abgehalten wurde. Auf der Tagesordnung standen Referate der Genossinnen Biez und Wulff über diese drei Fragen: „Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für den politischen Kampf?“, „Kinderschutz und Kinderschutzkommissionen“ und „Die Agitation unter der weiblichen Jugend“. Nach Eröffnung der Konferenz durch den Bezirkssekretär Genossen Schönwälder wurden drei Genossinnen zu ihrer Leitung gewählt. Es zeigte sich, daß diese drei ihrer Aufgabe gewachsen waren. Genossin Regel-Freiburg verstand als Vorsitzende ausgezeichnet die Verhandlungen zu leiten, sie sprach mit trefflicher

Sachkenntnis in schöner Weise zu allen Fragen, die zur Verhandlung standen. Auch unter den anderen weiblichen Delegierten fehlte es nicht an begabten, einsichtsvollen Genossinnen; viele von ihnen hatten in der Diskussion Wichtiges zu sagen. Am meisten debattiert wurde über den ersten Punkt der Tagesordnung. Aus einzelnen Orten konnten die Genossinnen erfreulicherweise schon von einer beträchtlichen weiblichen Mitgliedschaft berichten. Nach einer vorliegenden Statistik sind im Kreise Waldenburg ein Drittel der Organisierten Frauen. Genossin Biez wies darauf hin, daß in Kreisen, wo die Frauen verhältnismäßig gut organisiert sind, die Zahl unserer Parteizeitungslieferer bedeutend höher ist als dort, wo wenig Frauen der Sozialdemokratie angehören. Aus den Kreisen und Orten mit einer hohen weiblichen Mitgliedschaft konnte natürlich auch sonst Günstiges berichtet werden. So finden dort regelmäßig Frauenabende statt, und wo das der Fall ist, gehört auch eine, gehören wohl auch mehrere Genossinnen dem Vorstand an. Leider hörte die Konferenz auch noch manche Klagen, Klagen, die begreiflich machen, warum an manchen Orten die sozialdemokratische Bewegung nicht in Fluß kommen will. So wurde von mehreren Genossinnen der Schnaps als ein Haupthindernis für das Vorwärtbringen der sozialistischen Ideen genannt. Genossin Jädel-Zauer meinte: „Der Schnaps hält uns Männer und Frauen fern!“ Die Genossinnen, die sich in diesem Sinne äußerten, haben leider nur zu recht. In Schlesien, der Provinz, in der die Junker nicht allein das platte Land, sondern auch zum Teil die Industrieorte beherrschen, wird dem Fusel reichlich zugesprochen. Früher haben auch die Frauen gleich den Männern ein Schnäpschen nicht verschmäht. Heute haben sie so gut wie ganz diese verderbliche Gewohnheit gelassen. Allein noch spielt der Fusel für viele Männer eine große Rolle. Frauen aber, deren Männer trinken — manchmal Tag für Tag betrunken nach Hause kommen —, sind schwer für unsere Organisation zu gewinnen. Sie haben zu schwer am Leben zu tragen, sind zu abgestumpft, um noch Verständnis und Mut für den politischen Zusammenschluß zu bekommen. Genossin Mischke, Arbeiterin auf einem Dominium, meinte, die Männer, die für Schnaps und Bier das Geld übrig haben, sollten sich nicht bedenken, auch die kleinen Aufwendungen für die Organisierung ihrer Frauen zu machen. Ein großes Hindernis, das sich der Aufklärung und Organisierung der Proletarierinnen in Schlesien häufig entgegenstellt, sind die christlichen, vaterländischen und sonstigen gegnerischen Vereine, in denen Pastoren mit ihren Frauen wie andere „hohe“ Damen eine Rolle spielen. Die armen Arbeiterfrauen mit ihrem Häuflein Kinder erkennen leider nur selten, daß die Profamen, die für sie ab und zu vom Tische der Reichen fallen, das Proletariat in Abhängigkeit erhalten sollen. Wie raffiniert die „arbeiterfreundlichen“ Herrschaften vorgehen, darüber berichteten Genossin Strauß-Reichenbach und andere. Die Genossinnen bedauerten, daß auch noch Frauen organisierter Arbeiter bürgerlichen Vereinen nachlaufen. Dagegen muß die Aufklärungsarbeit kräftig einsetzen. Einig waren alle Teilnehmer an der Konferenz darin, daß von unserer Seite eine noch viel regere Tätigkeit entfaltet werden müsse. Viel Brachland ist im Bezirk noch vorhanden, besonders in den Orten mit riesiger Textilarbeiterschaft. Die Genossinnen versprachen freudig, die gegebenen Anregungen in bezug auf die Agitations- und Schulungsarbeit zu beherzigen. Ebenso auch die Ausführungen über die Betätigung beim Kinderschutz und in der Jugendaufklärung. Nach besten Kräften will eine jede danach streben, in ihrem Wirkungskreis die gehörten Worte in die Tat umzusetzen. Die gepflogenen Beratungen berechtigten zu der Hoffnung, daß die Frauenkonferenz die Anwesenden nicht nur für ein paar Stunden begeistert hat. Sie werden auch von Einfluß darauf sein, daß die Leitung des Bezirks von nun an der Frauenbewegung größere Beachtung schenken und die Genossinnen bei ihrem Wirken tatkräftig unterstützen wird. F. W.

Bericht über die sozialdemokratische Frauenbewegung im 16. sächsischen Kreise. In den neun Monaten des letzten Berichtsjahrs hat unsere Frauenbewegung den erfreulichen Zuwachs von 860 Mitgliedern zu verzeichnen. Das ist reichlich der vierte Teil aller in ganz Sachsen neu gewonnenen Parteigenossinnen, und wir stehen nunmehr mit 2201 weiblichen Parteimitgliedern an dritter Stelle der Organisation in Sachsen. Es muß zum Lobe der tätigen Genossinnen hervorgehoben werden, daß sie keine Gelegenheit vorübergehen ließen, Mitglieder zu werben, und an solchen Gelegenheiten hat es nicht gefehlt. So fand während der Parteltagswoche 1912 eine große Frauenversammlung statt, in der Genossin Grönberg-Rürnberg mit Erfolg referierte. Gewinn brachten ferner die größeren Frauenversammlungen, in denen die



Genossinnen Luhe-Dresden, Mühle-Galle sprachen. In der Frauenwahlrechtswoche — wir können diesmal nicht von einem Frauenwahlrechtstag sprechen, denn infolge der kurzen Zeit zur Vorbereitung bekamen wir die Lokale nicht alle gleichzeitig — wurden fünf Versammlungen mit den Genossinnen Spindler-Döbeln, Pollender-Leipzig, Ruben-Berlin und Baumann-Hamburg als Rednerinnen abgehalten. Im Anschluß an die Bezirksfrauenkonferenz, die in Chemnitz tagte und über deren Verlauf bereits berichtet worden ist, hielt Genossin Piez drei Versammlungen ab. Die Haupterfolge auf organisatorischem Gebiet errangen wir aber in den kleineren, bezirksweise einberufenen Versammlungen, in denen hauptsächlich einheimische rednerische Kräfte sich betätigten. Außer der Genossin Schilling-Döbeln sind in diesen Versammlungen und in den Diskussionsabenden die Genossinnen Meyer, Wagner und die Unterzeichnete tätig gewesen, auch fanden sich Genossen, die gern und erfolgreich die Frauenbewegung fördern helfen. Die Zahl der in den Bezirksvereinsvorständen wirkenden Genossinnen wächst beständig, in drei Bezirken sind Unterkassiererinnen tätig und tragen viel zur Stärkung der Organisation bei. Eine Kommission für Spielnachmittage und Ferienwanderungen hat sich gebildet, und wenn ihre Tätigkeit auch noch nicht so erfolgreich fruchtbar sein konnte wie die der Genossinnen in anderen Großstädten, so erlahmen die opferwilligen Genossinnen doch nicht in ihrem Eifer. Sie hoffen, daß sie einst in dieser Hinsicht ihre guten Ideen mit der Zeit verwirklichen werden. In allen Ausschüssen und Kommissionen der Parteiorganisation sind Frauen mit an der Arbeit. Kurz, es geht überall vorwärts, die Proletarierinnen zeigen, daß sie volles Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung haben und daß sie selbst ihre Befreiung aus unwürdiger Knechtschaft zu erringen wissen. Martha Schlag, Chemnitz.

#### Ferienspaziergänge der Mainzer Kinderschulskommission.

Durch die schönen Erfolge der Genossinnen in Mannheim, Wiesbaden, Köln und anderen Städten ermutigt, unternahm die neugegründete Kinderschulskommission in Mainz heuer erstmalig den Versuch, Ferienspaziergänge für die Arbeiterkinder zu organisieren. Wir wollen nicht verhehlen, daß manche Genossen unserer entsprechenden Anregung recht skeptisch gegenüberstanden. Immerhin bewilligte uns der Vorstand der Parteiorganisation für den Anfang 80 Mk. Da die Genossinnen annehmen durften, daß das Gewerkschaftsartell in dieser Sache mit der Partei gleichen Schritt halten werde, konnten sie mit einem „Kapital“ von 60 Mk. rechnen. Es kam, wie sie gedacht. Den Genossinnen hatten Wanderungen nach dem Vorbild in Wiesbaden vorgeschwebt, wo den Kindern Brot und Milch verabreicht ward. Ihr Ideal ließ sich jedoch mit den geringen Mitteln nicht verwirklichen. Man mache uns nicht zum Vorwurf, daß wir nicht rechtzeitig genug für einen größeren Fonds Sorge getragen hätten. Die öffentlichen Sammlungen haben ihre Schattenseiten, deshalb hatten die Mainzer Genossinnen von ihnen abgesehen. Sie setzten die Hälfte ihres „Vermögens“ in Spielsachen um und machten durch einen Aufruf in der Parteipresse die Arbeiterschaft mit dem Vorhaben bekannt. Und siegel über 600 Kinder erschienen aus Mainz und dem Vorort Rombach zur ersten Wanderung. Mit welcher Freude führten die Genossinnen den stilllichen Zug dem Walde zu! Als Wandertage hatten wir Montag- und Donnerstagnachmittag gewählt. Daß den Kindern die Veranstaltung gefiel, bewies die Beteiligung am zweiten Spaziergang: 878 Kinder! Die Zahl der Kinder stieg bei jeder Wanderung: 1100, 1778, 2115, 2675, zuletzt über 3000. Der Erfolg beweist und befehrt! Es flossen uns nun weitere Geldmittel zu, so daß wir reichlich Spielsachen kaufen konnten. Für die Schlafwanderung spendete der Mainzer Konsumverein 8500 Brezeln. Endlos schien der blumen- und brezelgeschmückte Kinderzug. Unsere letzte Wanderung ging über die Rheinbrücke nach Kastel in die herrlichen Anlagen der früheren Wälle. Auf dem Seimweg wurden wir am Brückenkopf von der Musikkapelle „Konfordia“ und einer großen Menschenmenge empfangen. Unter Musikklängen und fröhlichem Gesang passierte der Zug die Rhein- und Kaiserstraße, um sich am Kinderspielplatz nach Bezirken aufzulösen. Durch unsere Veranstaltungen wurde das Interesse für die Parteiorganisation geweckt; wir gewannen eine Reihe neuer Mitglieder.

Es sei uns gestattet, die Frage zu beantworten, welche Lehren wir aus den Wanderungen gezogen haben. Wir halten es für gut, daß wir gezwungen waren, von der Verabreichung von Brot und Milch Abstand zu nehmen. Die Kinder waren meist reichlich mit Brot versehen; sauber, fast sonntäglich gekleidet kamen sie zu den Wanderungen. Da die Verteilung eines Vespers keine Zeit bean-

spruchte, konnten wir den ganzen Nachmittag — von einer halbstündigen Ruhepause abgesehen — zum Spiel verwenden. Doch dabei hatten wir anfangs mit Schwierigkeiten zu kämpfen. In den verkehrreichen Straßen der Stadt haben die Kinder das Spielen verlernt. Wie suchten sie beim zweiten Spaziergang nach der Genossin, die ihnen das letztemal ein schönes Spiel gelehrt hatte! Leider haben die Kinder mit dem Spiel auch die alten Volks- und Kinderweisen verlernt. Hier liegt auch ein Verschulden der Volksschule vor, sie muß dafür sorgen, daß das Volkslied dem Volke erhalten bleibt. Wir haben bereits in unserer örtlichen Presse darauf hingewiesen, und wie es scheint, nicht vergeblich. Nach Schulanfang hat ein Lehrer mit seinen Schülern eine entsprechende Singprobe veranstaltet, mit dem Ergebnis, daß die Kinder einen Vers des Volksliedes zur Not singen konnten, dann aber flüchtig verstummten. Ganz empfindlich machte sich in unserer Stadt der Mangel an geeigneten Plätzen fühlbar, nach denen wir die Kinder zum Spielen führen konnten. Für solche müßte die Stadtverwaltung sorgen. Wir haben ihr mit unseren Spaziergängen den Beweis erbracht, daß ein starkes Bedürfnis nach Erholungsmöglichkeiten für die Kinder des Volkes vorliegt. Ist es nicht beschämend für die Verwaltung einer so reichen Stadt wie Mainz, daß sie von sozialdemokratischer Seite dazu gedrängt werden muß, die vorliegende Aufgabe zu erkennen? Daß der Erfolg unserer Spaziergänge den christlichen Kinderfreunden auf die Nerven gefallen ist, braucht uns nicht zu wundern. In langen Artikeln beschäftigten sie sich mit unserem unchristlichen Tun und Treiben. Ihre Unterlassungssünden drückten die frommen Herren und Damen gar sehr. Zum Pech für sie kam ihnen nichts zu Hilfe, um unsere Veranlassungen herabzusetzen oder ihren Erfolg zu vermindern; kein Unglücksfall, keine schlimmen Streiche, nicht einmal das Wetter. Mit welchen Augen unsere Spaziergänge betrachtet wurden, dafür spricht ein kleiner Zwischenfall. Wir hatten ein herrliches, schattiges Ruheplätzchen für die Kinder ausfindig gemacht, ohne zu ahnen, daß es vom Präses des katholischen Lehrlingsvereins gemietet war. Der Herr Präses, der uns von fern beobachtet hatte, sandte uns einen Schuhmann mit der Aufforderung, den Platz zu räumen, und nach dieser christlichen Handlung erwartete der Herr noch eine Entschuldigung von unserer Seite. — Nachdem die Mainzer Kinderschulskommission durch ihre Erklärungsarbeit vielen Kinderherzen Freude und Fröhlichkeit gebracht hat, wird sie ihre nächste Tätigkeit darauf richten, nach Kräften Leid von ihnen fernzuhalten. Unser Kindervolk soll gedeihen!

Frau O. Gerlingez.

#### Politische Rundschau.

An dem Tag, mit dem das Koalitionsrecht der Arbeiter erbrochen werden soll, reißt sich Rasche an Rasche mit einer Folgerichtigkeit und Steitigkeit, wie sie nur einem zielbewußten, entschlossenen Willen entspringen können. Man erinnert sich, daß das Muster dieses Reges vom Zentralverband deutscher Industrieller auf seiner jüngsten Tagung in Leipzig entworfen wurde. Dort wurde zunächst der Zusammenschluß des Unternehmertums der Schwerindustrie mit den wirtschaftlichen Organisationen des Großgrundbesitzes und den Bauern- und Handwerkerverbänden gegen das Koalitionsrecht als den gemeinsamen Feind besiegelt und verbrüdet. blieb nun noch die Aufgabe, die Werkzeuge zur politisch-parlamentarischen Durchführung des Feldzugs zu finden und zu drillen — der Regierung ist man ja sicher. Die Konservativen hatte man von vornherein als bereitwillige Helfer. Es galt nun, die Nationalliberalen fest in die Zügel zu bekommen. Die nationalliberale Partei erhielt denn auch in Leipzig strengen Befehl, sich ohne Fadeln an das ihr zugewiesene Beck zu machen. Sie hat rasch Obedienz pariert. Am 4. und 5. Oktober tagte in Wiesbaden eine Konferenz nationalliberaler Reichstagsabgeordneter. Diese Konferenz setzte eine siebengliedrige Kommission ein, die „das bereits vorhandene reichhaltige Material“ zu der „Frage des Arbeitswilligenschutzes“ verarbeiten und die Grundlage für die weiteren Entschlüsse der Fraktion schaffen soll. Diese Kommission ist nur ein parlamentarischer Ausführungsorgan der Scharfmacher. Vorsitzender der Kommission ist der Abgeordnete Schiffer, der Führer der nationalliberalen Fraktion des preussischen Landtags. Weitere Mitglieder sind die Abgeordneten Wötcher und Meyer-Pelle, dieselben, die 1908 im Reichstag für die konservative Resolution gestimmt haben, die die Einführung eines Zuchthausgesetzes verlangte. Und schließlich ein Abgeordneter v. d. Heideberg, der vor einigen Wochen einen Piezfeldzug für die Verhinderung des Koalitionsrechts geführt hatte. Die Zuchthausgesetzler und blutwilligen Diener der Scharfmacher haben also in der Kommission von vornherein die



Oberhand. Zum Überflus stellt der Abgeordnete Wöttcher als Programm der Kommissionsmitglieder fest: „Sie haben sich an die Arbeit begeben, einen wirksamen und ausreichenden Arbeitswilligensschwung in Gemeinschaft mit anderen Parteien der Ordnung zu bewerkstelligen.“

Diese „Frühlingsbotschaft aus dem Süden“, wie sie Wöttcher im Überschwang seines Ausbeutergemüts nannte, war ein passender Auftakt zu der Jahrhundertfeier der Befreiungskriege und der Völkerschlacht bei Leipzig. Die Feier war gedacht als eine festliche Verkörperung der Interessensharmonie aller Klassen im deutschen Vaterland und als eine Kundgebung geschlossener nationaler Kraft nach außen. Sie verwandelte sich aber ihren Veranfassern unter der Hand in eine Schaustellung aller empörenden und lächerlichen Seiten des Regiments der herrschenden Klassen Deutschlands. Aber die Stadt Leipzig wird der kleine Belagerungszustand verhängt. Infanterie und Kavallerie patrouilliert von früh bis spät in Massen in den Straßen Leipzigs. Die Bevölkerung der Stadt wird unter Polizeiaufsicht gestellt. Die Schüler der Hülsschulen für Schwachbefähigte werden zum Spalierbildern kommandiert. Die Polizei, halb blödsinnig vor Angst für das Leben der geliebten Monarchen, untersucht sogar die Straßenschleusen nach Attentätern. Das Plakat, das die Klassenbewusste Arbeiterschaft der Stadt Leipzig zu Massenversammlungen gegen den Rummel und die Lügen der Jahrhundertfeier aufruft, wird vom Rat der Stadt verboten. Da keine rechtliche Handhabung für dies Verbot zu finden ist, so benützt der Rat eine Klausel des Vertrags der Stadt mit dem Plakatunternehmer, um das schreckliche Plakat von den Anschlagssäulen fernzuhalten. Der Festplatz wird durch einen dichten Wall von Militär gegen nichtgeladene Gäste abgeschlossen. Und schließlich schickt der Wutzar mit einem Großfürsten eine Schar Kosaken, um den Tag der Völkerschlacht auf deutschem Boden mitzufeiern und das Denkmal einzuweißen, das die Kleinheit und Erbärmlichkeit der herrschenden Klassen Deutschlands in plumper Riesengröße verewigt! In Stuttgart werden nach Leipziger Muster die Versammlungsplakate der Sozialdemokratie verboten und ihre Flugblattverbreiter von der Straße weg verhaftet und mit Dieben zusammengesperret. Schwachbefähigte als Publikum, der wild umherfuchtelnde Polizeifabel als Tattstock, ein bürgerlicher Stadtrat als Büttel der Polizei, die Kosaken des Javen als die auswärtigen Ehrengäste und deutsche Arbeiter als die ins Gefängnis gesperrten Nichtgäste der offiziellen Feier der Befreiungskriege: hohnvoller konnte der bitterste Gegner die Schande und die Lächerlichkeit der deutschen offiziellen Welt nicht zu einem lebenden Bild zusammenstellen, als sie selbst es getan hat.

Gleichzeitig werden in Deutschland Komödien im Stile des Wiener Kongresses aufgeführt, jenes Kongresses, an dem vor bald 100 Jahren die Fürsten über die von Napoleon befreiten deutschen Völker wie über Hammelherden verfügten. Der Herzogsthron von Braunschweig und der Königtshron von Bayern sollen neu besetzt werden. Des Kaisers Tochter hat einen Welsen, den Prinzen Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg geheiratet, den Sohn des Herzogs von Cumberland. Dieser ist der Nachkomme des 1806 von Preußen verjagten legitimen Königs von Hannover und sieht sich als den rechtmäßigen Herrscher dieses Landes an. Dem Schwiegerohn des Kaisers soll nunmehr das Herzogströcklein von Braunschweig aufs Haupt gesetzt werden. Bundesratsbeschlüsse von 1885 und 1897 hatten auf Antrag Preußens bestimmt, daß ohne ausdrücklichen Verzicht auf Hannover kein Welse den Thron von Braunschweig solle besteigen können. Der Reichskanzler Bismarck hatte am 1. Mai 1907 im Reichstag erklärt: „Es ist keine ausreichende Bürgschaft, wenn Seine Königliche Hoheit der Herzog von Cumberland erklärt, daß er sich auf den Boden der Reichsverfassung stelle und daß er eine gewaltsame Änderung derselben nicht begünstigen würde. Ein solch passives Verhalten reicht nicht aus. Der Herzog müßte positiv auftreten, er müßte für sich und sein ganzes Haus rückhaltlos und für alle Zeiten auf Hannover verzichten.“ Und heute, wo der Prinz Ernst August der Schwiegerohn des Kaisers ist, heute erklären Preußen und der Reichskanzler, eine solche „Demütigung“ des Welsen sei nicht nötig, der Offizier und das Bekennnis zur deutschen Reichsverfassung sei genügend: also eben das „passive Verhalten“, das der Reichskanzler Bismarck noch im Jahre 1907 für nicht ausreichend erklärt hatte. Die feierlichsten und festesten Beschlüsse des Bundesrats von 1885 und 1897 werden also jetzt auf Antrag Preußens umgeworfen. Ist es ein Wunder, daß der deutsche Kronprinz diesen raschen Szenenwechsel nicht begreifen konnte und öffentlich Protest dagegen einlegte? Und es gehört nur zum Ganzen, daß wenn der Reichskanzler eine Frage der Reichspolitik als hohenzollerische Familienangelegenheit behandelt und als willfähriger Diener den Chef des Hauses bedient, daß dann der älteste Sohn beansprucht, daß auch seine Privatmeinung für den Diener des Hauses ins Gewicht fällt.

Inzwischen aber hat der Kronprinz einen kläglichen Rückzug angetreten und leugnet, daß sein Protest mit seinem Willen veröffentlicht worden ist.

Ist in Braunschweig ein neuer Herzog zu machen, so in Bayern ein neuer König. Der Prinzregent Ludwig, der Stellvertreter des irrsinnigen Königs Otto, fühlte sich von Anfang an nicht behaglich als bloßer „Prinzregent“. Auch sehnt er sich als Vater mehrerer geliebter Töchter nach dem reichen Krongut eines bayerischen Königs. Um diesen Schmerz zu kurieren, schlug nun sein schwarzer Premierminister v. Hertling vor, er solle „aus eigenem Recht“, ohne den Landtag zu fragen, sich die Königskrone aufs Haupt setzen. Der Herr berief sich zur Rechtfertigung dieses Schrittes auf die „goldene Bulle“, eine alte Scharferte aus dem vierzehnten Jahrhundert. Ein Gutachten des Justizministers, dem sich die Mehrheit des Ministeriums anschloß, erklärte diesen Weg für verfassungswidrig, im zwanzigsten Jahrhundert wenigstens — und auf die Verfassung hat der Prinzregent noch vor nicht allzu langer Zeit den Eid geleistet. So müssen sich denn Minister und bürgerliche Parteien in Bayern möglichst anschießen, forngerecht aus einem Prinzregenten einen vollgültigen König zu machen. Ein wie dringendes Bedürfnis ein richtiggehender König für das Land ist, beweisen Resolutions des bayerischen Handelslammertags und Handwerkslammertags. Das Geschäft und die Geschäfte bedürfen einfach eines neuen Königs. Das bayerische Ministerium hat schon vorher die Erhöhung der Zivilliste um eine Million beantragt. Der neue König wird also Geld unter die Leute bringen, und die Begeisterung der großen und der kleinen Bürger für den neuen König bekommt so einen bürgerlich soliden Boden.

In der Reichstagserversammlung im vierten sächsischen Wahlkreis Dresden-Neustadt für den verstorbenen Genossen Kadon wurde der sozialdemokratische Kandidat Budt trotz aller Anstrengungen der Gegner mit 81150 Stimmen gewählt. Die Fortschrittliche Volkspartei verlor bei dieser Nachwahl 1200 Stimmen gegen die Wahl von 1912. Ebenso wurde der erste Hamburger Wahlkreis, Wehels ehemaliger Kreis, in der Nachwahl von der Sozialdemokratie behauptet, wenn auch mit einem Verlust von 8000 Stimmen. Immerhin erhielt Genosse Stolten 8181 Stimmen mehr als alle bürgerlichen Kandidaten zusammen.

In der preussischen Wahlrechtsfrage „erwägt“ die Regierung noch immer, wie nichts zu tun sei. Sie wird in der Entschlossenheit, nichts zu tun, sicher bestärkt durch den Umstand, daß der russische Minister des Innern plant, das preussische Dreiklassenwahlrecht der russischen Städteordnung zugrunde zu legen. Das preussische Dreiklassenwahlrecht als russisches Ideal! Aber es gibt preussische Wirklichkeit, die selbst einer russischen Regierung über die Fustschnur geht. Das russische Ministerium hat nämlich sich gezwungen gesehen, sich der russischen Landarbeiter anzunehmen, die alljährlich in großen Scharen nach Ostasien auf die Gutshöfe wandern. Das russische Ministerium erklärt, die Preußengängerei russischer Untertanen auf Jahre zu verbieten, wenn deren Behandlung sich nicht ändere. Rußland in Preußen voran! Dagegen völlig auf dem russischen Niveau ist wieder die empörende Freisprechung des Arbeitswilligen Brandenburg, des Mörder eines streikenden Arbeiters, durch das Stettiner Schwurgericht.

Aber nicht immer ist ein preussisches Gericht so milde. Am 16. Oktober wurde die letzte Angeklagte der Moabitler Polizeifrauen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, die Arbeiterfrau Reinhardt. Vom Balkon ihrer Wohnung aus sollte auf die auserschreitenden Polizisten ein Blumenstod herabgeworfen worden sein. Daraufhin stürzte eine Patrouille von sechs Schulzeuten diese Wohnung, in die eben der Mann, von Schulzeuten mißhandelt, mit blutüberströmtem Kopf zurückgekehrt war und in der die Kinder krank zu Bett lagen. Die schwer hysterische Frau wird nun beschuldigt, den hereinpolternden Schulzeuten die Petroleumlampe entgegengeworfen zu haben. Die Frau bestreitet das entschieden und behauptet, in der Erregung sei ihr die Lampe entfallen. Niemand wurde durch die fallende Lampe verletzt; fünf Ärzte bekundeten den Krankheitszustand der Angeklagten. Zur alles nichts. Die Frau wird zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Aber die feigen Polizeimörder des Arbeiters Hermann gehen immer noch frei herum.

Zur Besetzung eines Koloniallandes gehört der Eingeborenen-aufstand wie zum Ansetzen des Zünders die Explosion. Neutamerun, ehemals französisches Kolonialgebiet, ist seit kurzem von Deutschland besetzt. Wir haben daher jetzt einen Eingeborenenaufstand in diesem Gebiet, vorläufig anscheinend noch in kleinem Umfang. Den großen Nutzen deutscher Kolonien für auswanderungslustige Habe-nichtse bezeugt das Ergebnis der Volkszählung in Deutsch-Ostafrika vom 1. Januar 1913. Das Gebiet zählte ganze 5338 weiße Bewohner, davon Reichsdeutsche nur 4107. Als erstes Vorpostengefecht zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten auf diesem



Woben ist der kürzlich ausgebrochene Streik der indischen Angestellten und Handwerker der ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft anzusehen.

Die Welle des Betrübens trifft jetzt auch Österreich. Die Regierung verlangt 200 Millionen Kronen neue Kredite zur Erhöhung der jährlichen Rekrutenzahl um 81300 Mann. Für die Flotte werden nicht weniger als 450 Millionen Kronen gefordert. Dafür sollen vier Großkampfschiffe (Dreadnoughts) und einige kleinere Kreuzer gebaut werden.

In Frankreich läßt die republikanische und radikale Regierung keinen Tag vorbeigehen, ohne einen Schritt rückwärts zur Reaktion zu machen. Nach den Wahlen wurden drei Korpskommandeure und zwei Generale ihrer Stellungen enthoben, und zwar, wie einer von ihnen in einem offenen Brief an den Kriegsminister behauptet und auch wahrscheinlich macht: nicht wegen militärischer Untüchtigkeit, sondern als Republikaner. Die völlige Auslieferung der Armee an die reaktionären Offiziere kann der radikalen Regierung eines Tages schöne politische Überraschungen bescheren.

Der Kampf in Dublin geht weiter. Die Unternehmer lehnten den einstimmigen Bericht der von der Regierung eingesetzten Regierungskommission ab. Sie erklärten: Keine Verhandlungen mit dem Transportarbeiterverband, solange er nicht „reorganisiert“ ist und eine „neue Leitung“ hat. Das heißt: Larkin, der Führer der Bewegung muß geopfert werden. Und dann müsse der Verband Garantien geben, daß er künftig auf Sympathiestreiks verzichte. Auf diese freche Zumutung antworteten die irischen Arbeiter, die nur wochenlang das bitterste Elend getragen haben, durch einen großen Unzug in der Stadt, dem das Porträt Larkins vorangefahren wurde. Ein Banner des Zugs trug die Aufschrift: „Wir wollen den Arbeitgeberverband anerkennen, vorausgesetzt, daß er vollständig reorganisiert wird und eine neue Leitung erhält.“ Die englischen Arbeiter fahren fort, ihre irischen Arbeitsbrüder kräftig zu unterstützen. Der Verbandstag der Bergarbeiter beschloß, wöchentlich 1000 Pfund Sterling für die Kämpfenden in Irland aufzuwenden. Derselbe Kongreß beschloß, bei künftigen Kämpfen hätten sich die Bergleute von vornherein mit dem Verband der Transportarbeiter und anderen Verbänden zu verständigen. Dieser Beschluß ist von ebenso großer politischer wie wirtschaftlicher Tragweite. Er stellt wirtschaftliche Kämpfe von einem Umfang in Aussicht, daß sie zu entscheidenden Klassenkämpfen werden müssen. — Einem Grubenbrand sind am 14. Oktober über 400 Bergleute der Kohlengrube Universal in Süd-wales zum Opfer gefallen.

Das Wiederaufkommen der Arbeiterbewegung in Rußland sucht die Regierung durch den Appell an den religiösen Aberglauben, die nationalen und Rassenvorurteile, die Mord- und Blinderinstincte ihres schtruppischen Lumpengesindels zu verhindern. Diesem Zweck sollte der Ritualmordprozeß von Kiew dienen. Das jüdische und das christliche Proletariat antworten durch Proteststreiks und unerschrockene Brandmarkung des Jarenregiments.

Auf dem Balkan ist den Serben, die in Albanien eingedrungen waren, durch den Nachspruch der Dreimächte Halt geboten worden. Die serbische Regierung erklärt, nicht weiter vorzurücken, ist aber vorderhand nicht gewillt, die besetzten Plätze des albanischen Grenzgebiets zu räumen, ehe die Ruhe im Innern von Albanien hergestellt ist. Wenn die Serben diese Punkte so lange festhalten wollen, so können sie sich dort auf Jahre häuslich einrichten. Die aufständischen Albanier sind zwar zersprengt, aber damit noch lange nicht aus dem Feld geschlagen. Ihre eigentümliche Kampfweise ist der Wandenkrieg, und den können sie noch läng gegen moderne Truppen aufrechterhalten, besonders wenn sie von einer Großmacht mit Waffen und Geld unterstützt werden. Am 18. Oktober stellte Österreich in Belgrad die Forderung, daß die serbischen Truppen binnen 8 Tagen das Gebiet des autonomen Albaniens geräumt haben müssen.

Bulgarien und die Türkei haben ein Defensivbündnis gegen Serbien und Griechenland geschlossen. Das Kriegsfeuer glüht unter der Asche.

Am 6. Oktober wurde in der Hauptstadt Chinas der Gewaltmensch Juanschikai endgültig zum Präsidenten der chinesischen Republik gewählt. Die europäischen Mächte hatten die Anerkennung Juanschikais und der chinesischen Republik davon abhängig gemacht, daß jener alle von der verjagten Mandschuregierung mit den fremden Mächten abgeschlossenen Verträge, alle von den Mandschus eingegangenen Kontrakte mit fremden Gesandtschaften oder einzelnen Ausländern, alle Privilegien und Freiheiten der Ausländer und die bestehende Zollverwaltung aufrecht-erhalte. Juanschikai hat diese Bedingungen angenommen und ist darauf sofort von den europäischen Mächten anerkannt worden. Der Präsident ist durch diese Bedingungen der Gefangene und die Puppe der europäischen Mächte. Für sie führt er die Diktatur in China. Die Verpflichtungen, die er übernommen hat, sind die-

jenigen, wegen deren in erster Linie die Revolution ausbrach und die Mandschudynastie zum Teufel gejagt wurde. Unter solchen Umständen ist klar, daß die bürgerliche Revolution Chinas noch keineswegs zu Ende ist.

a. th.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Nur vereinzelt führt die Arbeiterpresse Beispiele aus dem unerschöpflichen Kapitel des **Terrorismus** der Unternehmer auf. Der Terrorismus ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Klassenkampfes, und wir regen uns durchaus nicht über jeden Einzelfall moralisch auf. Doch wenn die Behörden den Terrorismus gegen Arbeiter rechtlich sanktionieren und fördern, dann gilt es, ihnen die Maske der Unparteilichkeit vom Gesichte zu reißen und sie als die Schergen der Ausbeuter an den Pranger zu stellen. Dem Verband der Blumen- und Blätterarbeiter und -arbeiterinnen war auf seiner letzten Generalversammlung in Neustadt in Sachsen während der Verhandlungen das Lokal entzogen worden, in dem er tagte. Die bürgerlichen Herrschaften hatten nämlich an dem betreffenden Tage ihren Kornblumentag und liefen mit Kornblumen austaffiert im Orte umher, während die Delegierten des Verbandes sich rote Ketten angeheftet hatten. Der Bürgermeister von Neustadt drohte dem Wirte mit Entziehung der Tanzerlaubnis, wenn er nicht dafür Sorge, daß der Verband sofort das Lokal verlasse. Dieser Exzpression gab der Wirt auch nach. Ganz offenkundig mißbrauchte hier der Bürgermeister seine Amtsbefugnisse. Noch am gleichen Tage richtete der Vorstand des Verbandes eine Beschwerde an die vorgesetzte Behörde des Bürgermeisters, an die Kreishauptmannschaft. Nach Wochen wurde diese glücklich beantwortet. Und wie! Der Sinn war, daß nach dem Ergebnis der angestellten Erhebungen kein Grund vorliege, das Verhalten des Bürgermeisters zu beanstanden. Dieser Bescheid ist ein neuer Ansporn für die Verwaltungsbehörden zur Ausübung terroristischer und ungesetzlicher Maßnahmen gegen Arbeitervereine!

Die Zwangsinnungen üben ihre Macht gegen ihre Mitglieder in brutalster Weise aus. Selbst der preussische Handelsminister sah sich seinerzeit veranlaßt, durch einen Erlass den Terrorismus dieser Körperschaften etwas zu dämpfen. Das verschlägt aber den Herren Innungsmeistern gar nichts. Die Malergewangsinnung in Gießen a. d. Ruhr hat ihre Mitglieder darauf hingewiesen, daß die Zahl der Unpfändbaren unter den Malermeistern sich in letzter Zeit auffällig und übermäßig mehrte. Sie äußert die Vermutung, daß manche Meister sich der Zahlungspflicht gegen die Innung zu entziehen suchen. Bei der zwingenden Eintreibung der rückständigen Innungsbeiträge und Strafgebühren gehen aber nach der Meinung der Innungsbrüder die Vollziehungsbeamten nicht schneidig genug vor. Deshalb wurde in einer Versammlung dieser Webersen beschlossen, die Stadtverwaltung zu ersuchen, ihre Vollziehungsbeamten mit strengster Instruktion zu versehen. Auch sollen die Namen der unpfändbaren Meister bekanntgegeben und bei den Behörden soll beantragt werden, daß sie solchen Gottlosen keine Arbeit übertragen! Welch liebliches Gemisch von edler Gesinnungstüchtigkeit und klugen Geschäftssinn. Die Scharfmacher im Malergewerbe haben bei der letzten Aussperrung durch Druck und Zwang auch die kleinen Meister zur Aussperrung gepreßt. Sie haben die Farbenlieferanten boykottiert, die keine Beiträge zu ihrem Kampffonds zahlten. Nun aber gehen sie darauf aus, die widerspenstigen, schon halb zugrunde gerichteten Verußgenossen vollends zu ruinieren. Und dabei sollen ihnen noch die Behörden hilfreiche Hand leisten. So sehen die wahren Mittelstandsretter aus.

Anlässlich des Stettiner Hafenarbeiterstreiks erfolgte aus Unternehmerrund ein bemerkenswertes Eingeständnis über die Arbeitsleistungen jener Schutztruppe, durch deren Hilfe der Stettiner Magistrat die Forderungen der Arbeiter niederguzwingen suchte. Diese Meinungsäußerung war natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Sie ist in einem Schriftstück des Stettiner Spediteurvereins enthalten. Hier heißt es, daß der Notbehelf der Arbeit, die die von auswärtig-gekommenen Streikbrechermannschaften leisten, naturgemäß nicht anders als mangelhaft sein kann. Die Streikbrecher seien zusammengelaufene, nicht besonders kräftige, ungeübte Leute. Sie kosteten durchschnittlich zwar das Doppelte des gewöhnlichen Lohnes, leisteten aber nur etwa die Hälfte von dem, was geübte Leute schaffen. Die Arbeit komme mithin etwa viermal so teuer zu stehen wie sonst, in diesen Fällen sogar noch mehr. Ungeachtet, daß jetzt mehr Leute als sonst eingestellt sind, gehe die Arbeit so langsam und unregelmäßig vorstatten, daß die Kosten der Umladung das Dreifache und mehr der gewöhnlichen Ausgaben dafür betragen. Da hier die Unternehmer,



die Speditoren, selbst die Leidtragenden sind, so kommt die Wahrheit über jene Kautschiberggesellschaft einmal zu ihrem Recht. Doch wenn es die Unterdrückung der organisierten Arbeiter gilt, so greifen die Kapitalisten in die sonst so fest zugehaltenen Taschen.

Der Streik im Emdener Hafen mußte nach zwanzig Wochen von den Arbeitern erfolglos abgebrochen werden. Die Streikenden selbst haben weder zusammengehalten, aber Arbeitswillige im Wunde mit den Behörden erschwerten ihnen den Kampf. Es hagelte Strafmandate und Gefängnisstrafen auf die Ausständigen herab. Und die Hausagrarier schraubten die Mieten hoch und verlangten von den Streikenden Sicherheit für pünktliche Entrichtung. Wegen dieser Koalition weiter anzukämpfen, erschien aussichtslos.

Die Kartonnagen- und Stuarbeiter und -arbeiterinnen in Lahr i. B. streiken. Ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind als die schlechtesten des Berufs verrufen. Durch Tee-, Gebets- und Nähende unter Aufsicht der Geistlichen suchte man namentlich die Arbeiterinnen über ihr graues Glend hinwegzutäuschen. Die Unternehmer kamen dabei zu beträchtlichem Wohlstand, wovon ihre schönen Villen bereites Zeugnis ablegen. Als die Arbeiterschaft Lohnforderungen erhob, lehnten die Fabrikanten jedes Zugeständnis ab, ebenso wiesen sie Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft und den Einigungsversuch des Oberbürgermeisters zurück. Die zahlreichen Heimarbeitern stellten daraufhin die Arbeit sofort ein, und als die Fabrikanten noch absonderliche Bedingungen stellten, traten auch die Wertstättarbeiterinnen und -arbeiter ohne weiteres in den Ausstand. Über 500 Personen befinden sich nunmehr im Streik. — In den Vielfelder Buchbindereien drohen ebenfalls Konflikte, wenn auch zunächst nur bei einigen Firmen. Die Arbeiter haben hier das Angebot der Innung zur Tarifrevision abgelehnt.

Im Berliner Kürschnergewerbe wurden die Differenzen vor dem Einigungsamt nicht geschlichtet. Die Arbeiter und Arbeiterinnen verzichteten auf den Abschluß eines Tarifvertrags und wollen tariflos weiterarbeiten. Die Unternehmer drohen jetzt, denjenigen Zwischenmeistern die Arbeit zu entziehen, die den Arbeitern die 8<sup>1/2</sup>stündige Arbeitszeit bewilligen. — Die Aussperrung der Glasarbeiter in Penzig ist beendet, den Forderungen der Arbeiter wurde entgegengekommen. Vorläufig soll der Arbeitschluß um 4<sup>1/2</sup> Uhr erfolgen, vom 1. April nächsten Jahres ab um 4 Uhr, wie es die Arbeiter gefordert hatten. — Einen bedeutungsvollen Tarifstreik erlebte die Schlichtungskommission im Portefeuillegewerbe unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz in Berlin. Eine Kofferfabrik hatte außerhalb Berlin eine Filiale errichtet. Hier umging sie die für Berlin geltende tarifliche Regelung der Löhne und Arbeitszeit. Der Verband der Sattler und Portefeulleer verlangte auf Grund der Tarifbestimmungen die Firma in eine Vertragsstrafe von 200 Mk. zu nehmen und eine weitere Buße von 20 Mk. für jeden Tag festzusetzen, den sie nicht unter Tarif arbeiten lasse. Die Schlichtungskommission erkannte einstimmig diese Forderung an. Daraufhin ließ die Firma den Zweigbetrieb eingehen. Die Entscheidung hat große Bedeutung. Offenbar haben Firmen dieses Gewerbes verlegen nämlich ihre Fabrikation zum Teil in die nahen Gebirgsdörfer des Odenwaldes, um dadurch die Arbeitslöhne zu drücken und höheren Profit einzufaden.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird voraussichtlich nun auch im Bauarbeiterverband beschlossen werden. Diese Gewerkschaft ist eine der letzten großen Organisationen, die jenen Schritt unternimmt. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung ist im Bauarbeiterverband viel und lange erörtert worden, die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe macht ihre Lösung aber zu einer schwierigen. Durch Urabstimmung aber haben die Mitglieder jetzt zum Ausdruck gebracht, daß sie der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung nicht abgeneigt sind. Der Vorstand beruft einen außerordentlichen Verbandstag ein, um die Frage zur Entscheidung zu bringen.

Einen nationalen Arbeiterkongress haben die christlichen Gewerkschaften im Verein mit einigen deutschnationalen Organisationen auf Ende November einberufen. Die Herrschaften wollen angeblich gegen den unternehmerlichen Dreißend — Industrielle, Agrarier und Mittelständler — Stellung nehmen. Sie befürchten, daß die nächste Aktion dieses Trios ein Vorstoß gegen das Koalitionsrecht und die Hintertreibung jeder Maßnahmen zur Linderung der Not sein wird. Zu Weitem in der Not werfen sich ausgerechnet christliche Führer auf. Wie kurz ist der Herren Gedächtnis. Waren es nicht christliche Führer, die bei den Zolltariffkämpfen auf Seiten der Zollwucherer standen, die die Finanzreform mitmachten und bei den letzten Wahlen den Scharfmachern

und Junkern Wähler zuführten? Waren es nicht christliche Gewerkschaftsführer, die von „Fleischnotrummel“ usw. höhnten? Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die Frechheit oder die Heuchelei dieser Sippschaft. #

Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Die Septemberzählung ergab 2540 Arbeitslose, darunter 911 Arbeiterinnen. Im Vormonat waren 2517, im September des Vorjahres 654 Beschäftigungslose verzeichnet worden. Am gleichen Tage wurden als auf der Reise befindlich gemeldet 170 arbeitslose Mitglieder, darunter 10 weibliche; im Vormonat waren es 208 und im September des Vorjahres 162. Im dritten Quartal 1918 waren insgesamt 8255 Mitglieder 130284 Tage arbeitslos, darunter 911 weibliche 39 920 Tage. Im gleichen Quartal des Vorjahres wurden 8790 arbeitslose Mitglieder gezählt, die 82 819 Tage beschäftigungslos waren. An Arbeitslosenunterstützung wurde im dritten Quartal 1918 an 4448 männliche Mitglieder für 62 593 Tage 68 827 Mk. ausgezahlt und an 2100 weibliche für 37 084 Tage 33 740 Mk. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren an 1897 männliche Mitglieder für 22 984 Tage 28 269 Mk. Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden und an 868 weibliche für 11 873 Tage 10 038 Mk. Für Arbeitslose auf der Reise betrug die Unterstützung im dritten Quartal 8056 Mk., im gleichen Quartal des Vorjahres 6688 Mk. Die Zahl der Verbandsmitglieder betrug am Schlusse des September 85 941 männliche, 53 933 weibliche, zusammen 139 874 Mitglieder. Die Zählung umfaßte 97 Prozent der Mitglieder.

Im September des Vorjahres betrug die Arbeitslosenziffer im Deutschen Textilarbeiterverband 2,7 Prozent, im September dieses Jahres jedoch 5,9 Prozent. Während voriges Jahr auf jeden Fall von Beschäftigungslosigkeit 14 Arbeitslosentage kamen, so dieses Jahr 17 Tage. Steigende Arbeitslosenziffern verbunden mit längerer Arbeitslosigkeit sind eine berechte Sprache. Dabei ist mit diesen Ziffern die Not, die die Krise über das Textilproletariat verhängt, in ihrer ganzen Wirklichkeit noch längst nicht erfasst. In der Textilindustrie entschließen sich die Unternehmer bei niedergehender Konjunktur nur schwer zu Entlassungen der Arbeiter. Denn die Erfahrung hat gelehrt, daß Textilarbeiter, die einmal einen anderen Beruf ergriffen haben, nur schwer für die Textilindustrie wieder zu gewinnen sind; bei lebhaftem Geschäftsgang wird dann der Mangel an geübten Händen von den Ausbeutern bitter empfunden. Wenn trotzdem die Arbeitslosenziffer mehr als doppelt so hoch ist wie voriges Jahr, kann man sich vorstellen, wie furchtbar die Textilarbeiter zu leiden haben. Neben den gänzlich Arbeitslosen gibt es heute Hunderttausende von Textilarbeitern, die mit stark verkürzter Arbeitszeit arbeiten, also auch ein stark verkürztes Einkommen haben und daher ebenfalls dem furchtbaren Mangel ausgesetzt sind. Am besten liegen die Verhältnisse immer noch in den Bezirken, wo die Organisation gut ausgebaut ist. Hier gelingt es den Arbeitern auch gegenwärtig, die einmal erungene Position zu halten. Sogar dort, wo die Organisation schwach ist oder nur Anfänge zu ihr vorhanden sind, da nützen die Arbeitgeber die Situation erbarmungslos aus und kürzen die Löhne. sk.

Aus der Holzarbeiterbewegung. Eine Abgrenzung des Agitationsgebietes ist jetzt zwischen dem Holzarbeiter- und dem Fabrikarbeiterverband auf dem Wege des Kartellvertrags erfolgt. Die Klagen über unliebsame Konkurrenz, deren Behandlung sich jetzt zu diesem Abkommen verdichtet hat, sind schon sehr alt. Sie beruhen zum Teil darauf, daß ehemals rein handwerksmäßig betriebene Gewerbe infolge Übergangs zur fabrikmäßigen Verarbeitung des Materials mehr und mehr mit ungelerten Arbeitskräften durchsetzt werden. Zum anderen dehnen die Verbände selbst ihren Wirkungskreis auf immer neue Betriebe aus, wobei sie notwendigerweise auch einmal in fremdes Gehege jagen zu gehen. Vor allem konnte man deren organisatorische Zuständigkeit zum mindesten Zweifel möglich sind. Nicht zu verkennen ist, daß der Werbeeifer einzelner Beamten der Gewerkschaften diese nur zu leicht dazu verleitet, einmal in fremdes Gehege weiden zu gehen. Vor allem konnte man bisher bei einzelnen Funktionären des Fabrikarbeiter- wie des Transportarbeiterverbandes die allerdings falsche Auffassung vorfinden, daß dem Holzarbeiterverband nur die gelerten Arbeiter der angeschlossenen Verufe zuständen. Andererseits veranlaßte aber die geschichtliche Entwicklung seiner Organisation und vor allem das immer mehr zunehmende enge Hand-in-Hand-Arbeiten gelernter und ungelerner Arbeiter den Holzarbeiterverband, in den ihm zustehenden Betrieben auch die letzteren als zu seiner Organisation gehörig zu betrachten. Nachdem sich die Verhandlungen und Untersuchungen über mehrere Jahre hingezogen haben, ist nun



eine Vereinbarung zustande gekommen. Danach ist der Holzarbeiterverband zuständig für alle Betriebe der Holzbearbeitung, gleichviel, ob es sich um gelernte oder ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen handelt. Insbesondere gehören zum Gebiet des Holzarbeiterverbandes auch die Sägereien und Schneidemühlen mit Ausnahme der Betriebe, die der Verarbeitung von Holz zu Rohstoff für die Papier- und Pappfabrikation dienen, sowie der Bündholzfabrikation, für welche der Fabrikarbeiterverband zuständig sein soll. Der Holzarbeiterverband ist ferner zuständig für alle Maschinenarbeiter und Helfer an Holzbearbeitungsmaschinen, alle Hilfsarbeiter der Holzbranche in Waggon- und Wagenfabriken, auf Werften usw., alle Korbmacher und Holzarbeiter beiderlei Geschlechts in den Kinderwagenfabriken, für die Kissenmacher, die Arbeiter und Arbeiterinnen in Schälffabriken, Zigarrenkisten-, Zigarrenwickelformfabriken, in den Stod-, Schrein-, Zigarrenspitzen- und Pfeifenfabriken, sowie in den Knopffabriken, den Stuhl- und Stuhlrohrfabriken, den Schuhleistenfabriken, für die Betriebe der Kamm- und Haarschmuidindustrie, soweit als Rohmaterial Horn, Bein, Elfenbein, Schildpatt und Zelluloid verarbeitet wird, ferner für die Hartgummi-, Horn-, Bein-, Zelluloid- und Specksteindruckler, sowie für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Klebstofffabriken, der Bürsten-, Pinsel- und Besenfabrikation.

Soweit heute Mitglieder entgegen diesen Bedingungen dem nichtzuständigen Verband angehören, sollen sie nach Möglichkeit zum Übertritt in die zuständige Gewerkschaft veranlaßt werden, ohne daß jedoch ein besonderer Zwang ausgeübt werden darf. Renaufnahmen aus nichtzuständigen Verufen oder Berufszweigen dürfen künftig nicht mehr stattfinden. Wo in einem Betrieb heute noch der nichtzuständige Verband an einem Tarifvertrag beteiligt ist, soll bei dessen Ablauf der Neuabschluß in der Regel der nun zuständigen Organisation überlassen werden. In Betrieben, in denen beide Verbände vertreten sind, müssen alle Lohnbewegungen gemeinsam eingeleitet werden.

Die Neuregelung dürfte sich besonders wertvoll für die viel umstrittenen Gebiete der Haarschmud- und der Knopfindustrie sowie auf den ostpreussischen und pommerschen Schneidemühlen und Schälffabriken erweisen. Der Holzarbeiterverband steht übrigens noch mit zwei weiteren deutschen Organisationen im Kartellverhältnis. Ein Vertrag mit dem Wildhauerverband vom Januar 1907 regelt das gegenseitige Verhalten bei Lohnkämpfen, während mit dem Bauarbeiterverband im Februar 1912 Regeln für die Beitragspflicht und den Übertritt jener Arbeiter vereinbart werden, die regelmäßig im Sommer als Bau- und im Winter als Holzarbeiter beschäftigt sind. Des weiteren sind gegenwärtig Verhandlungen im Gange, die den Abschluß eines Vertrags mit dem Transportarbeiterverband bezwecken, wobei das Ziel ebenfalls in der Befestigung der leidigen Grenzstreitigkeiten besteht.

Lk.

## Notizenteil.

woche, bei der eine besondere Agitationsnummer der „Arbeiterinnenzeitung“ verbreitet wurde, gewann der politischen Frauenorganisation 1000 neue Mitglieder. Das ist ein ganz bedeutender Zuwachs, zumal wenn man die Verhältnisse berücksichtigt, unter denen die Genossinnen in Wien für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen und die Stärkung der Organisation zu arbeiten haben. Der Fortschritt muß den Eifer und Mut der deutschen Genossinnen befeuern, durch unablässige Agitation der Sozialdemokratie Anhängerinnen zuzuführen. Nicht zum wenigsten durch die gewiß mühevollen, aber auch sehr lohnende Hausagitation. Wir erinnern daran, daß ihnen für diesen Zweck ein kleines, einfaches, packendes Flugblatt zur Verfügung steht oder aber das treffliche Schriftchen: „Bist du eine der Unrigen?“ Diese kleine Broschüre von Genossin Zieh ist bereits in 300 000 Exemplaren unter die Frauenmassen gedrungen. Das spricht beweiskräftiger als lobende Worte für ihren agitatorischen Wert. Die Genossinnen können Flugblatt und Broschüre durch den Parteivorstand in Berlin erhalten. Frisch ans Werk! Ihre nächsten Erfolge müssen sich denen unserer österreichischen Schwestern ebenbürtig zur Seite stellen.

## Frauenstimmrecht.

Die Neutralität des Frauenstimmrechtsvereins Stuttgart ist ein Bewächs eigener Art. Daraus läßt seine Haltung bei den Krankentafelwahlen scharfes Licht fallen, die in Stuttgart erst am 29. und 31. Oktober stattfinden werden. Um das Vorgehen des Vereins richtig zu würdigen, muß man das Folgende festhalten.

Der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft von Stuttgart, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ist es durch zähes Vorwärtsdrängen gelungen, der früheren Zersplitterung der Krankentafeln ein Ende zu machen. Es ist zum Zusammenschluß in einer großen, leistungsfähigen allgemeinen Ortskrankenkasse gekommen, neben der nur noch zwei unbedeutende Kassen bestehen. Die Vertreter dieser Arbeiterschaft haben in der Verwaltung der allgemeinen Ortskrankenkasse treu und energisch gewirkt. Sie haben die Leistungen der Kasse weit über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus gesteigert. Die allgemeine Stuttgarter Ortskrankenkasse gewährt ihren Mitgliedern: Familienhilfe, unentgeltliche Behandlung in eigener Zahnklinik, Zuschuß für die Unterbringung von Kindern in Soolbädern und Heilstätten, unentgeltliche Abgabe von Heilmitteln und Gewährung von Sterbegeld an nichtversicherte Familienangehörige, Aufenthalt in zwei gut eingerichteten Erholungsstätten: Neustädels und Preudental. Nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung ging die Verwaltung daran, den Mitgliedern die neuen Leistungsmöglichkeiten der Kasse nutzbar zu machen. Vom 1. Januar 1914 an wird den bestehenden sieben Lohnklassen der Versicherten eine achte, höhere hinzugefügt, bei der die Versicherten ein Krankengeld bis zu 3 Mark pro Tag erhalten können. Es ist weiter vorgesehen, den Versicherten mit ihrer Zustimmung bei Hausbehandlung Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern usw. zu gewähren. Die Kassenverwaltung hatte auch die befordernden Bedürfnisse ins Auge gefaßt, die sich infolge des armseligen Einkommens der proletarischen Familie für die Frau geltend machen, die ihrer schweren Stunde entgegengeht. Die Wöchnerinnen sollten nach ihrer Wahl Wochenlohn oder aber Behandlung und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim erhalten, Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen war für sie vorgesehen. Die weiblichen Mitglieder, die seit mindestens sechs Monaten vor ihrer Niederkunft versichert sind, hatten seither schon Anspruch auf Hebammenhilfe und ärztliche Geburtshilfe wie auf Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden durch Arzt oder Hebamme. Das Recht auf Schwangerschafts- und Wochenhilfe soll nun auf die versicherungsfreien Ehefrauen von Kassenmitgliedern ausgedehnt werden. Diesen Frauen wie ihren Kindern unter vierzehn Jahren wird künftig auch zahnärztliche Behandlung gewährt — Zahnplomben und Zahnersatz inbegriffen. Kein Zweifel, die Verwaltung der Stuttgarter allgemeinen Ortskrankenkasse kann sich mit ihrem Wirken für die einzelnen Proletarier und die proletarische Familie sehen lassen. Sie hat damit insbesondere auch das Vertrauen der Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen verdient. Die Vertretung der freiorganisierten Arbeiterschaft in der Verwaltung hat sich also bestens bewährt. Sie ist eine verständnisvolle und zuverlässige Hüterin proletarischer Interessen gewesen, wie dies die freien Gewerkschaften bei der Wahl versprochen hatten.

Unsere Gewerkschaften haben aber auch bei der Aufstellung von Kandidaten für die Kassenverwaltung als Vorkämpfer für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gehandelt. Nicht erst



seit gestern nehmen sie Arbeiterinnen auf ihre Kandidatenliste. Bei der letzten Vertreterwahl zur Generalversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse (1911) brachten sie — wie früher auch — Arbeiterinnen für das Ehrenamt in Vorschlag. Und da außer ihrer Kandidatenliste keine andere eingereicht wurde, erfolgte glatt die Wahl der Kandidatinnen. Dem Vorschlag des Gewerkschaftskartells entsprechend wurden zwei Genossinnen in den Vorstand der Kasse gewählt und eine Genossin in den Vorstand des Verbandes der drei Stuttgarter Ortskrankenkassen. Auch das sind Tatsachen, die vor dem Urteil der Proletarierinnen bestehen, die mit gutem Fug volles Bürgerrecht begehren und für solches Recht kämpfen. Es ist daher selbstverständlich, daß in Stuttgart die politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossinnen bei der bevorstehenden Krankenkassenwahl mit allem Nachdruck für die Kandidatenliste des Gewerkschaftskartells eintreten, auf der wiederum Arbeiterinnen stehen, und zwar an guter Stelle. Sollte man nicht meinen, daß angesichts der angeführten Umstände die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen das gleiche tun müßten? Das um so mehr, als diese Damen wiederholt ihre gnädige Sympathie für die „praktische, positive Arbeit“ der Gewerkschaften versichert haben. Außerdem: wo sind in Stuttgart die bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften, die rücksichtslos und ehrlich für das gleiche Recht beider Geschlechter eintreten? Aber ganz besonders spiegelt sich in den frauenrechtlerischen Köpfen die Welt. Ganz besonders, und doch natürlich, wie die Damen als bürgerliche Frauen sie erblicken müssen.

Die Leitung des „neutralen“ Frauenstimmrechtsvereins plante zuerst, bei den Krankenkassenwahlen mit einer eigenen, reinen Frauenliste aufzutreten. Das Vorhaben ließ die Gewerkschaften kühl ablehnen mußte das Kartell jedoch ganz selbstverständlich das Verlangen, den Damen eine Anzahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiterinnen zu nennen, damit einige davon auf die Frauenliste kämen. Der Zweck des Annehmens war durchsichtig. Die Arbeiterinnennamen sollten der bürgerlichen Liste als Dekoration, ja als Wahlspeck dienen. Sie sollten ihr Stimmen fördern und damit auch den anderen bürgerlichen Kandidatinnen zum Siege verhelfen. Das Gewerkschaftskartell hatte weder das Recht noch die geringste Neigung, die Arbeiterinnen irreführen zu helfen. Mit diesem Preis wäre die Wahl von ein bis zwei Arbeiterinnen mehr zu teuer bezahlt gewesen. Das Kartell ließ also die Damen vom Frauenstimmrechtsverein abblitzen. Auch die vereinigten gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen wiesen es zurück, Arbeiterinnennamen für die reine Frauenliste zu nennen. Später kam es zu Verhandlungen zwischen allen gegnerischen Organisationen und zu einer Verständigung über gemeinsame Wahlvorschläge zu der allgemeinen Ortskrankenkasse und der Ortskrankenkasse O für die Handelsgangestellten usw. An diesen Verhandlungen war auch der Verein für Frauenstimmrecht beteiligt. Er marschierte Arm in Arm mit den christlichen Gewerkschaften, bürgerlichen Dienstbotenvereinen, konfessionellen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen und — den deutschnationalen Handlungsgehilfen, diesen geschworenen grundsätzlichen Gegnern der Frauenarbeit und des Frauenwahlrechts. Und das in dem Augenblick, wo diese Organisationen vereint zum Kampfe gegen die Kandidatenliste der freien Gewerkschaften ausrücken.

Trotz alledem klopfte die Vorsitzende des Frauenstimmrechtsvereins nochmals beim Gewerkschaftskartell an. Sie ermahnte es gönnerhaft, doch ja möglichst viel Frauen an die Spitze seiner Kandidatenliste zu stellen, damit diese gut abschneide. Der Verein werde nämlich infolge gänzlichen Fehlens geeigneter Kandidatinnen — wörtlich zitiert! — keine eigene Liste aufstellen. Er gedanke sich vielmehr darauf zu beschränken, die wahlberechtigten Frauen aufzufordern, sich die Wahlvorschläge genau anzusehen und nur den abzugeben, auf dem die meisten Frauen an günstigster Stelle stehen. Wenn Zweideutigkeit gleichbedeutend ist mit „Neutralität“, dann sind unsere Frauenrechtlerinnen „neutral“. Sollten diese Damen, die sich auf ihre politische, soziale Bildung soviel zugute tun, daß sie sich zu Führerinnen ihres Geschlechts berufen wähen, tatsächlich in der Sache so schlecht unterrichtet sein, wie man nach ihrem Verhalten vermuten könnte? Sollten sie wirklich nicht wissen, daß für die Frauen die 55. Stelle auf dem Wahlvorschlag der freien Gewerkschaften noch günstiger ist als die 6. auf dem der Gegner? Dazu noch etwas anderes. Es ist sehr die Frage, ob die auf der gegnerischen Liste eventuell in den Ausschuh gewählten Frauen es durchzusehen vermögen, daß eine Frau auf die viel wichtigeren Posten im Vorstand der Kasse und im Kassenverband gewählt wird. Eigentlich ist das aber gar keine Frage. Denn die vereinigten Gegner der freien Gewerkschaften haben so viel Anwärter auf die ihnen zufallenden Vorstandsposten, daß sie sicherlich keine Frau wählen. Lediglich die vom Kartell vorge-

schlagenen Mitglieder des Ausschusses werden Frauen in die Vorstände senden. Und das trotz der zweideutigen Rolle der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Die organisierten Arbeiter fühlen sich grundsätzlich verpflichtet, überall, wo es nur möglich ist, den Frauen eine Vertretung zu verschaffen. Der Verein für Frauenstimmrecht aber gefährdet durch sein klug sein sollendes Hin- und Herfaheln mehr eine solche Vertretung, als daß er ihr die Wege ebnet. Sein Vorgehen ist typisch für die Durchschnittsfrauenrechtler. Unter der Reklamemarie: „Wahrung der Fraueninteressen“ besorgt er in unserem Fall nur die Geschäfte der schädlichen Organisationszersplitterer. Er beweist, daß von seiner Seite die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen kein Verständnis und kein Eintreten für ihre Interessen zu hoffen haben. Die Wahrung ihrer Interessen muß ihre eigene Sache sein.

H. M.

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht als Programmforderung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht war der Hauptgegenstand der Verhandlungen auf der fünften Generalversammlung dieser Organisation, die zu Eisenach vom 5. bis 9. Oktober getagt hat. Nicht weniger als anderthalb Tage wurde darum gestritten, und oft recht leidenschaftlich, ob der Verband die Forderung des allgemeinen Wahlrechts in seinen Satzungen behalten solle oder nicht. Die Streitfrage erschüttert und zerklüftet schon seit langem das frauenrechtlerische Lager, und sie ist durch die Verhandlungen der Generalversammlung nicht entschieden worden. Es lagen dieser nicht weniger als sechs Anträge vor, die entweder offen oder heuchlerisch verlausuliert die Forderung des allgemeinen Wahlrechts aus den Satzungen entfernen beziehungsweise sie für die Aktion des Verbandes und das Verhalten seiner Mitglieder unschädlich machen wollten. Aus Rücksicht auf „die politische Neutralität“, wie beschönigend erklärt wurde, in Wirklichkeit reaktionären Frauenschichten und Frauengruppen zuliebe, die das allgemeine Wahlrecht als das Recht der ausgebeuteten Massen verabscheuen. Der Ansturm gegen die demokratische Forderung erreichte zwar noch nicht sein Ziel, allein er hat diesem nähergeführt. § 8 der Verbandsatzung, der zum Eintreten für das allgemeine Wahlrecht verpflichtet, blieb nur bestehen, weil seine Gegnerinnen sich nicht über das Wieviel und Wie ihrer reaktionären Forderung einigen konnten. Die Verhandlungen, Abstimmungen und die Zusammensetzung des Vorstandes zeigen deutlich, daß in dem Verband die reaktionären und opportunistischen Strömungen beträchtlich Oberwasser erhalten haben. Die Abkehr vom allgemeinen Wahlrecht in aller Form ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Entwicklung der Dinge bestärkt also durchweg die Auffassung von dem Wesen der bürgerlichen Frauenrechtler, die wir von Anfang an vertreten haben, und wegen der wir oft genug gescholten worden sind. Wie wäre es auch anders möglich! Diese Entwicklung ist nur ein Teil der allgemeinen Entwicklung, die das gesellschaftliche Leben der bürgerlichen Klassen beherrscht. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vermögen sich dem Einfluß ihrer Klassenlage nicht zu entziehen, immer breiter wird die Kluft, die sie von den kämpfenden Proletarierinnen trennt. Auf die wichtigen Verhandlungen der Generalversammlung kommen wir noch zurück, wenn vollständiger